Landesverordnung
über die Gebühren der Vermessungs- und Katasterbehörden und
der Gutachterausschüsse
(Besonderes Gebührenverzeichnis)
Vom 17. August 2022 *

Aufgrund

des § 2 Abs. 4, des § 10 Abs. 1 Satz 2, des § 24 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 und des § 26 Abs. 2 des Landesgebührengesetzes vom 3. Dezember 1974 (GVBl. S. 578), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Juni 2017 (GVBl. S. 106), BS 2013-1, und

des § 19 Abs. 1 Nr. 5 und Abs. 2 Nr. 9 des Landesgesetzes über das amtliche Vermessungswesen vom 20. Dezember 2000 (GVBl. S. 572), zuletzt geändert durch Artikel 18 des Gesetzes vom 19. Dezember 2018 (GVBl. S. 448), BS 219-1, wird im Einvernehmen mit dem Ministerium der Finanzen verordnet:

§ 1

Anwendungsbereich

(1) Die Vermessungs- und Katasterbehörden und die Gutachterausschüsse für Grundstückswerte erheben für Amtshandlungen, öffentlich-rechtliche Dienstleistungen einschließlich Geoserviceleistungen und die Benutzung ihrer Einrichtungen Gebühren und Auslagen nach dem anliegenden Besonderen Gebührenverzeichnis und den übrigen Bestimmungen dieser Verordnung. Geobasisinformationen, die nach Unions-, Bundes- oder Landesrecht kostenfrei bereitzustellen sind (Open Data), bleiben hiervon unberührt.

(2) Soweit Amtshandlungen, öffentlich-rechtliche Dienstleistungen und die Benutzung von Einrichtungen in dem Besonderen Gebührenverzeichnis nicht aufgeführt sind, werden Gebühren nach vergleichbaren Gebührentatbeständen des Besonderen Gebührenverzeichnisses erhoben. Lässt sich ein vergleichbarer Gebührentatbestand nicht feststellen, ist eine Gebühr nach dem Zeitaufwand zu erheben.

* GVBl. S. 287, zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 15. Mai 2024 (GVBl. S. 118), BS 2013-1-23.

Ein Auszug zu den Übergangsbestimmungen nach Artikel 2 und dem Inkrafttreten nach Artikel 4 der Verordnung findet sich im Anhang.

§ 2

Mindestgebühr

Die zu erhebende Mindestgebühr beträgt 28,00 EUR je Antrag. Eine geringere Gebühr kann nur erhoben werden, wenn das Besondere Gebührenverzeichnis dies vorsieht.

§ 3

Auslagenerstattung

(1) Neben den Gebühren sind Auslagen gemäß § 10 des Landesgebührengesetzes zu erstatten, soweit im Besonderen Gebührenverzeichnis nichts anderes bestimmt ist.

(2) Zu den Auslagen gehören auch

1. die Entgelte für Postdienstleistungen, wenn sie im Einzelfall das Entgelt für einen Kompaktbrief der Deutschen Post AG überschreiten,
2. die Aufwendungen für besonderes Verpackungsmaterial,
3. die Kosten für Datenträger, wenn sie 2,50 EUR je Antrag übersteigen, und
4. die Aufwendungen für die Benutzung von Telekommunikationseinrichtungen, wenn sie im Einzelfall 1,00 EUR überschreiten.

§ 4

Gebührenbefreiung

(1) Wird eine Amtshandlung, eine öffentlich-rechtliche Dienstleistung einschließlich Geoserviceleistung oder die Benutzung einer Einrichtung ausschließlich oder überwiegend im öffentlichen Interesse vorgenommen, so wird hierfür keine Gebühr erhoben, sofern die oberste Vermessungs- und Katasterbehörde vorher Gebührenbefreiung angeordnet hat.

(2) Eine Gebühr wird nicht erhoben für die

1. sich auf den Grenzbereich mit benachbarten Ländern der Bundesrepublik Deutschland und den Nachbarstaaten Belgien und Frankreich beziehende und auf Gegenseitigkeit beruhende Übermittlung von Geobasisinformationen an die

- Vermessungs- und Katasterbehörden dieser Länder und Staaten, soweit hierüber besondere Vereinbarungen oder Absprachen bestehen,
2. Übermittlung von Geobasisinformationen an Bundesbehörden, soweit mit diesen Stellen besondere Vereinbarungen bestehen, und
 3. Verwendung der Geobasisinformationen in Verbindung mit Veröffentlichungen im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Rheinland-Pfalz, im Ministerialblatt der Landesregierung von Rheinland-Pfalz, im Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz, im Justizblatt Rheinland-Pfalz, im Amtsblatt des Ministeriums für Bildung, in den Amtsblättern der Landkreise, Verbandsgemeinden und Gemeinden oder als Anlage zu amtlichen Berichten und öffentlichen Bekanntmachungen im Sinne des § 27 Gemeindeordnung und des § 20 Landkreisordnung in Zeitungen.

§ 5

Gebührenermäßigung

(1) Die oberste Vermessungs- und Katasterbehörde kann für Amtshandlungen, öffentlich-rechtliche Dienstleistungen einschließlich Geoserviceleistungen und die Benutzung von Einrichtungen im Einzelfall Gebührenermäßigungen anordnen, wenn dies im öffentlichen Interesse geboten ist.

(2) Wird ein Antrag zurückgenommen, nachdem mit der sachlichen Bearbeitung begonnen worden ist, kann dem Bearbeitungsstand entsprechend eine Ermäßigung der vorgesehenen Gebühr bis zu 90 v. H. gewährt werden.

§ 6

Kosten mitwirkender Behörden und sachverständiger Personen

Neben den nach dieser Verordnung zu erhebenden Kosten (Gebühren und Auslagen) werden, soweit in dem Besonderen Gebührenverzeichnis nichts anderes bestimmt ist, als Auslagen die Kosten und Entgelte für die Mitwirkung anderer Behörden und sachverständiger Personen, soweit von diesen angefordert, zusätzlich erhoben. Die Kosten und Entgelte der mitwirkenden Behörde oder sachverständigen Person

bestimmen sich bezüglich Grund und Höhe nach den für die mitwirkende Behörde oder sachverständige Person geltenden Kosten- oder Entgeltvorschriften.

§ 7

Übergangsbestimmungen

(1) Gebühren und Auslagen sind nach dem bisher geltenden Recht zu erheben

1. für Amtshandlungen, öffentlich-rechtliche Dienstleistungen und die Benutzung von Einrichtungen, die vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung beantragt waren, aber erst nach diesem Zeitpunkt vorgenommen werden, sofern dies für die Kostenschuldnerin oder den Kostenschuldner günstiger ist,
2. für Gebäudeeinmessungen von Amts wegen, die vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung örtlich erledigt waren, sofern dies für die Kostenschuldnerin oder den Kostenschuldner günstiger ist, und
3. im Falle vereinbarter periodischer Abrechnung für die vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung begonnene aber erst nach diesem Zeitpunkt endende Abrechnungsperiode.

(2) Werden beantragte Amtshandlungen, öffentlich-rechtliche Dienstleistungen und die Benutzung von Einrichtungen durch Gründe, die nicht von der zuständigen Behörde zu vertreten sind, verzögert, sind Gebühren und Auslagen nach dem zur Zeit der Durchführung des überwiegenden Teils der Amtshandlungen, öffentlich-rechtlichen Dienstleistungen und der Benutzung von Einrichtungen geltenden Recht zu erheben.

(3) Verträge und Vereinbarungen für die Bereitstellung und Übermittlung von Geobasisinformationen einschließlich vereinbarter Geoserviceleistungen bleiben unberührt.

§ 8
Inkrafttreten

(1) Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Landesverordnung über die Gebühren der Vermessungs- und Katasterbehörden und der Gutachterausschüsse (Besonderes Gebührenverzeichnis) vom 14. Juni 2014 (GVBl. S. 87), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 10. September 2018 (GVBl. S. 317, 2019 S. 32), BS 2013-1-23 außer Kraft.

Mainz, den 17. August 2022

Der Minister des Innern und für Sport
In Vertretung

Nicole Steingaß

**Besonderes Gebührenverzeichnis
für die Vermessungs- und Katasterbehörden und
die Gutachterausschüsse**

Inhaltsübersicht

- 1 Abrechnung nach dem Zeitaufwand
- 2 Besondere Aufwendungen und Geoserviceleistungen
- 3 Einsichtnahme in die Geobasisinformationen des amtlichen Vermessungswesens
- 4 Auszüge aus den amtlichen Geobasisinformationen – Liegenschaftsbeschreibung
- 5 Auszüge aus den amtlichen Geobasisinformationen – Liegenschaftskarte
- 6 Bestandsdatenauszüge aus dem Liegenschaftskataster und sonstige Auszüge
- 7 Geobasisinformationen des vermessungstechnischen Raumbezugs und Auszüge aus dem Liegenschaftszahlenwerk
- 8 Vermessungsunterlagen für Liegenschaftsvermessungen, Sonderungen, Flurstücksverschmelzungen und Abmarkungen
- 9 Automatisierter Abruf von Geobasisinformationen des amtlichen Vermessungswesens über Fachverfahren
- 10 Bildung von neuen Flurstücken, Grenzbestimmungen und Abmarkungen
- 11 Gebäudeeinmessungen
- 12 Mehrarbeit bei Liegenschaftsvermessungen und Abmarkungen
- 13 Von den Flurbereinigungsbehörden übertragene Neuvermessungen
- 14 Vorbereitung und Durchführung der Umlegung nach dem Baugesetzbuch
- 15 Vorbereitung und Durchführung der vereinfachten Umlegung nach dem Baugesetzbuch
- 16 Flurstücksverschmelzung
- 17 Übernahme von Vermessungsschriften
- 18 Beglaubigungen, Zeugnisse und Bescheinigungen
- 19 Zertifizierung von Programmen zur automatisierten Bearbeitung von amtlichen Vermessungen und im Bereich des Bodenmanagements
- 20 Prüfung, Kontrolle und Zertifizierung geodätischer Messsysteme
- 21 Sonstige technische Arbeiten
- 22 Bestellungen, Anerkennungen und Zulassungen
- 23 Erstattung von Verkehrswertgutachten und Gutachten zur Ermittlung von Bodenwerten (Anfangs- und Endwerte) in städtebaulichen Sanierungsgebieten und Entwicklungsbereichen
- 24 Erstattung von Obergutachten (§§ 193 und 198 BauGB)
- 25 Gutachterliche Stellungnahme
- 26 Online gestützte Vergleichswerte
- 27 Auskünfte aus der Kaufpreissammlung (§ 195 Abs. 3 BauGB) für den Bereich eines Gutachterausschusses
- 28 Auskünfte und Auszüge aus dem Nachweis der Bodenrichtwerte (§ 196 Abs. 3 BauGB)
- 29 Sonstige Grundstücksmarktinformationen
- 30 Geotopografische Informationen – Aktuelle und historische Luftbilder
- 31 Geotopografische Informationen – Amtliche topografische Kartenwerke, Sonderkarten und historische Karten

Gebührenstaffeln

Gebührenstaffel I Berücksichtigung des Bodenwerts der vermessenen und neuen Flurstücke oder der Art der lang gestreckten Anlage

Gebührenstaffel II Gebäudeeinmessungen

Gebührenstaffel III Aufmessung von Grenzpunkten und Gehöften

Lfd. Nr.	Gegenstand	Gebühr EUR
1	Abrechnung nach dem Zeitaufwand je eingesetzte Person und angefangene Arbeitshalbstunde	
1.1	für Beamtinnen und Beamte mit der Befähigung für das vierte Einstiegsamt und vergleichbare Beschäftigte	58,50
1.2	für Beamtinnen und Beamte mit der Befähigung für das dritte Einstiegsamt und vergleichbare Beschäftigte	43,20
1.3	für Beamtinnen und Beamte mit der Befähigung für das zweite Einstiegsamt und vergleichbare Beschäftigte	37,50
1.4	für Beamtinnen und Beamte mit der Befähigung für das erste Einstiegsamt und vergleichbare Beschäftigte	32,40

Anmerkungen zu lfd. Nr. 1

1. Die Gebühr nach lfd. Nr. 1.1 ist nur für solche Arbeiten anzusetzen, die ausschließlich Beamtinnen und Beamten mit der Befähigung für das vierte Einstiegsamt oder vergleichbaren Personen vorbehalten sind.
2. Es ist von dem durchschnittlichen Zeitverbrauch auszugehen, der unter regelmäßigen Verhältnissen von entsprechend ausgebildeten Bediensteten für die beantragte Leistung benötigt wird.
3. Unberücksichtigt bleiben Zeiten, die der Kostenschuldnerin oder dem Kostenschuldner aus Billigkeitsgründen nicht anzurechnen sind.
4. Sind neben der Gebühr nach lfd. Nr. 1 Auslagen nach § 10 Abs. 1 Satz 3 Nr. 6 LGebG zu erstatten, ermäßigt sich die Gebühr je angefangene Arbeitshalbstunde um 0,30 EUR.

2 Besondere Aufwendungen und Geoserviceleistungen

2.1	Reisekosten, Feldaufwandsvergütung, Kosten für die Beförderung der Messgeräte und den Einsatz eines mit besonderen Zusatzeinrichtungen für den vermessungstechnischen Außendienst ausgestatteten Kraftfahrzeugs je Antrag	38,30
2.2	Geoserviceleistungen, die nicht über eine Arbeitshalbstunde hinausgehen	
2.2.1	Offline-Bereitstellung oder Übermittlung von kostenfreien Geobasisinformationen (Open Data)	150,00
2.2.2	Zusätzliche Bereitstellung oder Übermittlung kostenpflichtiger Geobasisinformationen	100,00

Lfd. Nr.	Gegenstand	Gebühr EUR
2.2.3	Zusätzliche Bereitstellung oder Übermittlung von Geobasisinformationen, die Gegenstand vertraglicher Vereinbarungen sind	100,00
2.3	Geoserviceleistungen nach lfd. Nr. 2.2.1 bis 2.2.3, die über eine Arbeitshalbstunde hinausgehen	Gebühr nach lfd. Nr. 2.2 zuzüglich Gebühr nach lfd. Nr. 1
2.4	Aktualisierung kostenpflichtig bereitgestellter Geobasisinformationen pro Jahr	18 v. H. der für die erstmalige Bereitstellung geltenden Gebühr
2.5	Fotokopien, Besondere Druckerzeugnisse schwarz/weiß oder farbig im Format	
2.5.1	bis DIN A3 je Seite	0,40
2.5.2	größer DIN A3 je Ausfertigung	28,00 bis 150,00

Anmerkung zu lfd. Nr. 2

Lfd. Nr. 2.2.1 erfasst nur Leistungen, die über die zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/1024 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über offene Daten und die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors (ABl. EU Nr. L 172 S. 56) geregelten Verfahren zur kostenfreien Bereitstellung oder Übermittlung von Geobasisinformationen (Open Data) hinausgehen.

3 Einsichtnahme in die Geobasisinformationen des amtlichen Vermessungswesens

3.1	bis zu einer Arbeitshalbstunde	kostenfrei
3.2	für jede weitere angefangene Arbeitshalbstunde	Gebühr nach lfd. Nr. 1

Lfd. Nr.	Gegenstand	Gebühr EUR
4	Auszüge aus den amtlichen Geobasisinformationen – Liegenschaftsbeschreibung	
4.1	Nachweise gedruckt oder als druckaufbereitete Datei	
4.1.1	je Flurstücks-, Flurstücks- und Eigentümer-, Grundstücks- sowie Eigentüternachweis	4,10
4.1.2	je Bestandsnachweis	6,90
4.2	Auswertung aus der Liegenschaftsbeschreibung	Gebühr nach lfd. Nr. 1
4.3	Flächen der tatsächlichen Nutzung, gedruckt oder als druckaufbereitete Datei oder als Datensätze aus den Statistikprodukten je Gemarkung, Gemeinde und Landkreis	0,85

Anmerkung zu lfd. Nr. 4

Bei Landesbehörden werden 50 v. H. der Gebühren nach lfd. Nr. 4.1 bis 4.3 erhoben.

5 Auszüge aus den amtlichen Geobasisinformationen – Liegenschaftskarte

5.1	Auszüge gedruckt oder als druckaufbereitete Datei je Ausfertigung im Format	
5.1.1	bis DIN A3	28,00
5.1.2	größer DIN A3 bis DIN A0	51,00
5.2	Auszüge in Kombination mit dem Orthofoto gedruckt oder als druckaufbereitete Datei	115 v. H. der Gebühr nach lfd. Nr. 5.1
5.3	Erteilung der besonderen Vervielfältigungsbefugnis für Auszüge aus den amtlichen Geobasisinformationen - Liegenschaftskarte - mit dem Recht der Umwandlung, der Vervielfältigung und Weitergabe mit dem Ziel einer unmittelbaren oder mittelbaren Vermarktung oder der Veröffentlichung je Vervielfältigungsbefugnis	77,00 bis 490,00

Anmerkungen zu lfd. Nr. 5

1. Die Gebühren nach lfd. Nr. 5.1 gelten auch für Auszüge aus der Liegenschaftskarte mit weiteren Informationen des Liegenschaftskatasters.

Lfd. Nr.	Gegenstand	Gebühr EUR
----------	------------	---------------

2. Bei Landesbehörden werden 50 v. H. der Gebühren nach lfd. Nr. 5.1 und 5.2 erhoben.

6 Bestandsdatenauszüge aus dem Liegenschaftskataster und sonstige Auszüge

6.1	Bestandsdatenauszüge aus dem Liegenschaftskataster mit Eigentümerangaben	
6.1.1	je Flurstücksobjekt vom 1. bis zum 50. Objekt	2,00
6.1.2	je Flurstücksobjekt vom 51. bis zum 100. Objekt	50 v. H. der Gebühr nach lfd. Nr. 6.1.1
6.1.3	je Flurstücksobjekt vom 101. bis zum 500. Objekt	25 v. H. der Gebühr nach lfd. Nr. 6.1.1
6.1.4	je Flurstücksobjekt ab dem 501. Objekt	12,5 v. H. der Gebühr nach lfd. Nr. 6.1.1
6.2	Übermittlung der Bestandsdatenauszüge nach lfd. Nr. 6.1 oder vergleichbarer Auszüge in Listenform für Jagdgenossenschaften je km ²	30,00; mindestens 130,00
6.3	Hauskoordinaten je Objekt	0,17; höchstens 500,00
6.4	Auszug aus den Geobasisinformationen - Grundsteuerauszug	gebührenfrei

Anmerkungen zu lfd. Nr. 6

1. Bei Landesbehörden werden 50 v. H. der Gebühren nach lfd. Nr. 6.1 erhoben.
2. Bei zusätzlicher Verwendung von Bestandsdatenauszüge nach lfd. Nr. 6.1 für Versorgeraufgaben (z. B. Strom und/oder Gas) durch Eigenbetriebe (§ 86 der Gemeindeordnung - GemO -) oder kommunale Unternehmen in Privatrechtsform (§ 87 GemO) auf dem Gebiet einer kommunalen Gebietskörperschaft, die mit mindestens 50 v. H. an dem Eigenbetrieb oder dem kommunalen Unternehmen in Privatrechtsform beteiligt ist, reduziert sich die Gebühr für die zusätzliche Verwendung um 50 v. H.
3. Bei einer Datenabgabe im Listenformat (CSV-Format) werden 50 v. H. der Gebühren nach lfd. Nr. 6.1 erhoben.

Lfd. Nr.	Gegenstand	Gebühr EUR
7	Geobasisinformationen des vermessungstechnischen Raumbezugs und Auszüge aus dem Liegenschaftszahlenwerk	
7.1	Punktinformationen des vermessungstechnischen Raumbezugs	
7.1.1	Einzelnachweis einschließlich Punktbeschreibung gedruckt oder als druckaufbereitete Datei je Punkt	19,20
7.1.2	Punktliste gedruckt oder als druckaufbereitete Datei je Punkt	1,50
7.1.3	Bestandsdatenauszug (Datensatz) je Produkt und Punkt	1,15
7.2	Punktinformationen des Liegenschaftskatasters gedruckt oder als druckaufbereitete Datei	
7.2.1	Punktnachweis je Punkt	3,85
7.2.2	Koordinatenliste je Punkt	0,30
7.3	Punktübersichten der Punkte nach lfd. Nr. 7.1 und 7.2	Gebühr nach lfd. Nr. 5.1
7.4	Vermessungsrisse gedruckt oder als druckaufbereitete Datei für technische Vermessungen je Antrag	153,00
7.5	Vermessungsrisse gedruckt oder als druckaufbereitete Datei, Maßangaben je Antrag	28,00 zuzüglich Gebühr nach lfd. Nr. 1
7.6	Daten des Satellitenpositionierungsdienstes der deutschen Landesvermessung (SAPOS®)	
7.6.1	Einrichtung der Verfahren nach lfd. Nr. 7.6	100,00
7.6.2	SAPOS®-HEPS mit einer Taktrate von 1 Hz je registrierter Nutzerkennung und Jahr	120,00
7.6.3	SAPOS®-GPPS und SAPOS®-GPPS-Pro (Berechnungsdienst) mit einer Taktrate von 1 Hz je registrierter Nutzerkennung und Jahr	120,00

Lfd. Nr.	Gegenstand	Gebühr EUR
7.7	SAPOS®-Pauschalgebühr	
7.7.1	SAPOS®-EPS je Jahr	70,00
7.7.2	SAPOS®-R-HEPS je nutzende Stelle und Jahr	150,00

Anmerkungen zu lfd. Nr. 7

1. Für die Bereitstellung der Daten nach lfd. Nr. 7.6 ist die Einrichtungsgebühr von jedem Endnutzer einmalig zu erheben; die Gebühr schließt alle Verfahren des Satellitenpositionierungsdienstes mit ein.
2. Mit den Gebühren nach lfd. Nr. 6.1 und 7.4 sind die Gebühren für Auszüge nach lfd. Nr. 7.1 bis 7.3 abgegolten.

8	Vermessungsunterlagen für Liegenschaftsvermessungen, Sonderungen, Flurstücksverschmelzungen und Abmarkungen je Antrag	44,60
----------	---	-------

Anmerkungen zu lfd. Nr. 8

1. Mit dieser Gebühr sind abgegolten:
 - a) die Beschaffung der für die Liegenschaftsvermessung, die Sonderung, die Flurstücksverschmelzung und die Abmarkung benötigten Vermessungsunterlagen,
 - b) die im erforderlichen Umfang benötigten Punktinformationen und Einmessungsrise und
 - c) die Aktualisierung von bereits abgerufenen Vermessungsunterlagen für den gleichen Verwendungszweck.
2. Die Gebühr ist von der öffentlichen Vermessungsstelle zu erheben, die den überwiegenden Teil der Vermessungsunterlagen erstellt hat.
3. Die Bereitstellung von Vermessungsunterlagen für Bodenordnungen nach dem Flurbereinigungsgesetz ist kostenfrei.

Lfd. Nr.	Gegenstand	Gebühr EUR
9	Automatisierter Abruf von Geobasisinformationen des amtlichen Vermessungswesens über Fachverfahren	
9.1	Einrichtung eines automatisierten Abrufverfahrens	
9.1.1	erstmalige Einrichtung je verwendende Stelle	453,00 *
9.1.2	Änderungen der Einrichtung je Antrag	44,60 *
9.2	Automatisiertes Abrufverfahren	
9.2.1	Einsichtnahme am Bildschirm	gebührenfrei
9.2.2	Abruf von Geobasisinformationen	50 v. H. der jeweiligen Gebühren nach lfd. Nr. 4.1, 5.1, 5.2, 6.1 und 7.1 bis 7.4
9.2.3	Mindestgebühr je angefangenem Monat	36,40

Anmerkungen zu lfd. Nr. 9

1. Bei sonstigen öffentlichen Vermessungsstellen nach § 2 Abs. 2 des Landesgesetzes über das amtliche Vermessungswesen (LGVerM) sowie Personen und Stellen, die das Verfahren nach § 12 der Landesverordnung zur Durchführung des Landesgesetzes über das amtliche Vermessungswesen (LGVerMDVO) vertraglich vereinbart haben, sind die Gebühren nach lfd. Nr. 9.1 und die Mindestgebühr je angefangenem Monat nach lfd. Nr. 9.2.3 nicht zu erheben.
2. Im Rahmen der Aufgaben der Ortsgemeinden gemäß § 15 Abs. 2 Nr. 4 LGVerMDVO werden 25 v. H. der Gebühren nach lfd. Nr. 9.1.1 erhoben. Die Mindestgebühr je angefangenem Monat nach lfd. Nr. 9.2.3 ist nicht zu erheben.

Lfd. Nr.	Gegenstand	Gebühr EUR
10	Bildung von neuen Flurstücken, Grenzbestimmungen und Abmarkungen	
10.1	Grundaufwand je Antrag	446,00
10.2	je neues Flurstück	230,00
10.3	örtliche Arbeiten zur Bestimmung von bestehenden Flurstücksgrenzen	
10.3.1	Grenzfeststellung je Grenzpunkt	485,00; je Antrag jedoch mindestens 1 675,00
10.3.2	Grenzwiederherstellung im koordinierten Grenz- und Gebäudepunktfeld	
10.3.2.1	bis 10 Grenzpunkte je Grenzpunkt	324,00; je Antrag jedoch mindestens 1 120,00
10.3.2.2	ab dem 11. Grenzpunkt je Grenzpunkt	162,00
10.3.3	Grenzwiederherstellung im Koordinatenkataster je Grenzpunkt	162,00; je Antrag jedoch mindestens 486,00
10.3.4	Gemischte Grenzbestimmungen nach lfd. Nr. 10.3.1 bis 10.3.3 je Grenzpunkt	Gebühr nach lfd. Nr. 10.3.1, lfd. Nr. 10.3.2 oder lfd. Nr. 10.3.3; je Antrag jedoch mindestens 1 120,00
10.4	Absteckung oder Aufnahme einschließlich Kontrolle neuer Grenzpunkte je Grenzpunkt	
10.4.1	im Zusammenhang mit einer Grenzbestimmung nach lfd. Nr. 10.3	71,00
10.4.2	in Umlegungsverfahren nach dem Baugesetzbuch (BauGB)	108,00
10.5	Bestimmung von Schnittpunkten zwischen alten, bisher nicht festgestellten und abgemarkten Grenzen sowie neuen Grenzen bei der Vermessung lang gestreckter Anlagen, die nicht nach lfd. Nr. 10.4 abgerechnet werden je Grenzpunkt	242,00
10.6	Abmarkung von alten und neuen Grenzpunkten	
10.6.1	je Grenzstein	42,20

Lfd. Nr.	Gegenstand	Gebühr EUR
10.6.2	je sonstige Grenzmarke	25,50
10.7	Berücksichtigung des Bodenwerts der vermessenen und neuen Flurstücke oder der Art der lang gestreckten Anlage	Wertfaktor nach Gebührenstaffel I

Anmerkungen zu lfd. Nr. 10

1. Mit den Gebühren nach lfd. Nr. 10 sind sämtliche erforderlichen Leistungen zur Durchführung von Liegenschaftsvermessungen, Sonderungen und Abmarkungen abgegolten. Die Gebühren nach lfd. Nr. 2.1 und 8 bleiben hiervon unberührt. Kosten für Vermarkungsmaterial von mehr als 10,00 EUR je Stück sind zusätzlich zu erheben.
2. Erstreckt sich ein Antrag auf mehrere räumlich oder zeitlich getrennte Teile oder auf mehrere Vermessungs- und Katasteramtsbezirke, sind die Gebühren nach lfd. Nr. 10.2 bis 10.7 für jeden Teil zu erheben. Die Gebühr nach lfd. Nr. 10.1 ist bei dem Teil mit dem höchsten Wertfaktor anzusetzen.
3. Werden Gebäude mit einem Normierungsfaktor von mehr als 15 im Auftrag der Antragstellerin oder des Antragstellers zusammen mit einer Grenzbestimmung eingemessen, ermäßigt sich die Gebühr nach lfd. Nr. 10.1 um 50 v. H. Es ist mindestens die Gebühr für die Grenzbestimmung zu erheben.
4. Bei der Grenzbestimmung nach lfd. Nr. 10.3 ist jeder wiederhergestellte sowie jeder Grenzpunkt einer festgestellten Grenze zu zählen, der in der Grenzniederschrift dargestellt ist.
5. Die Gebühr nach lfd. Nr. 10.3.2.2 ist nicht für Grenzpunkte anzusetzen, deren lineare Abweichungen zwischen den im Liegenschaftskataster nachgewiesenen und den bei der Grenzermittlung örtlich bestimmten Koordinaten mehr als 0,06 m betragen. Diese Grenzpunkte sind nach lfd. Nr. 10.3.2.1 abzurechnen.
6. Wird in einer bestehenden Flurstücksgrenze oder deren Verlängerung ein neuer Grenzpunkt festgelegt, der nicht als Grenzpunkt nach lfd. Nr. 10.4.2 oder als Schnittpunkt nach lfd. Nr. 10.5 abzurechnen ist, ist für die Ermittlung des Anfangs- und Endpunkts dieser Flurstücksgrenze jeweils die Gebühr nach lfd. Nr. 10.3.1, lfd. Nr. 10.3.2 oder lfd. Nr. 10.3.3 zu erheben. Dies gilt auch für den Fall, dass anstelle des Anfangs- und Endpunkts Kontrollpunkte bestimmt werden.
7. Werden für den Anfangs- und Endpunkt einer bestehenden Flurstücksgrenze bereits Gebühren nach lfd. Nr. 10.3 erhoben, ist für die Bestimmung von Schnittpunkten anstelle der Gebühr nach lfd. Nr. 10.5 die Gebühr nach lfd. Nr. 10.4 zu erheben.
8. Bei Vermessungen zur Bildung neuer Flurstücke ist stets eine Gebühr nach lfd. Nr. 10.3 zu erheben, mindestens aber die Gebühr nach lfd. Nr. 10.3.3.

Lfd. Nr.	Gegenstand	Gebühr EUR
----------	------------	---------------

9. Als abgemarkt im Sinne der lfd. Nr. 10.6 gelten auch Grenzpunkte, deren Grenzmarken gehoben, gesenkt, gerichtet oder entfernt wurden.
10. Der Bodenwert der vermessenen und neuen Flurstücke ist in der Regel auf der Grundlage des Bodenrichtwerts zu ermitteln. Weicht die Qualität der neu gebildeten Flurstücke von derjenigen des Bodenrichtwertgrundstücks ab, ist die neue bzw. künftige Qualität der Flurstücke zu berücksichtigen. Ein vereinbarter Kaufpreis kann als Orientierungshilfe dienen. Bei reinen Grenzbestimmungen sind 50 v. H. des Bodenwerts der Flurstücke maßgebend, die an die bestimmten Grenzpunkte angrenzen; angrenzende lang gestreckte Anlagen (z. B. Straßen, Eisenbahnen, Gewässer) bleiben dabei unberücksichtigt.
11. Der Bodenwert eines neuen Flurstücks ist bei der Gebührens-bemessung nicht zu berücksichtigen, wenn dessen Grenzen nur im liegenschaftsrechtlich unbedingt notwendigen Umfang bestimmt werden und es größer ist als drei Viertel des Stammflurstücks. Dies gilt nicht, wenn die Flurstücksgrenzen des größeren Flurstücks vollständig bestimmt wurden.
12. Wirken Feldgeschworene oder von der Auftraggeberin oder dem Auftraggeber gestellte Hilfskräfte an der Abmarkung mit, sind die Gebühren um 50 v. H. des geltenden Mindestlohns je angefangene Arbeitshalbstunde der eingesetzten Person zuzüglich der zu erstattenden Auslagen zu reduzieren, höchstens jedoch bis zur Gebühr nach lfd. Nr. 10.6.

Lfd. Nr.	Gegenstand	Gebühr EUR
11	Gebäudeeinmessungen	
11.1	je nach Normierungsfaktor der Gebäude oder der baulichen Veränderungen	Gebühr nach Gebührenstaffel II
11.2	Mehrarbeit für die gleichzeitige Einmessung mehrerer Gebäude oder baulicher Veränderungen auf einem Flurstück für das dritte und jedes weitere Gebäude oder jede weitere bauliche Veränderung	5 v. H. der Gebühr nach lfd. Nr. 11.1
11.3	Mehrarbeit für die Einmessung von Gebäuden von Amts wegen	10 v. H. der jeweiligen Gebühren nach lfd. Nr. 11.1 und 11.2

Anmerkungen zu lfd. Nr. 11

1. Bauliche Veränderungen sind wesentliche Grundrissveränderungen an bereits errichteten Gebäuden durch Anbau oder teilweisen Abbruch. Die Erhebung eines vollständigen Gebäudeabbruchs ist kostenfrei.
2. Nicht unter lfd. Nr. 11 fallen die Gebäude und baulichen Veränderungen, die in Verbindung mit einer Flurbereinigung oder auf der Grundlage von Sondervereinbarungen eingemessen werden.
3. Die Gebührenbemessung erfolgt rechnerisch in einfachster Weise auf der Grundlage des umbauten Raumes. Der so ermittelte Normierungsfaktor wird zum Zeitpunkt der Antragstellung oder Einmessung ohne Außenanlagen und ohne besondere Betriebseinrichtungen ermittelt. Der Normierungsfaktor dient ausschließlich einer landesweit einheitlichen Bemessung der Gebühren nach Gebührenstaffel II. Bei der Einmessung von nicht fertig gestellten Gebäuden oder baulichen Veränderungen gilt der Normierungsfaktor der fertigen baulichen Anlage.
4. Werden auf einem Flurstück gleichzeitig mehrere Gebäude oder bauliche Veränderungen eingemessen, ist bei der Gebührenberechnung die Summe der Normierungsfaktoren zugrunde zu legen. Dies gilt auch für Nebengebäude bis zu einem Normierungsfaktor von insgesamt 4, die auf einem eigenen Flurstück errichtet wurden, wenn sie zusammen mit dem entsprechenden Hauptgebäude eingemessen werden. Wenn mehr als fünf Nebengebäude auf einem Flurstück eingemessen werden, sind Haupt- und Nebengebäude jeweils als eigene Gebäudegruppe nach lfd. Nr. 11 abzurechnen.
5. Die Gebühr nach lfd. Nr. 11.2 ist auch bei mehreren unter einem Dach errichteten Gebäuden anzusetzen, wenn zwischen den Gebäuden eine Trennwand erkennbar ist (z. B. Reihenhäuser, Reihengaragen, Gebäudeteile mit eigener Hausnummer).

Lfd. Nr.	Gegenstand	Gebühr EUR
	<p>6. Ab einem Gebäudealter von zehn Jahren sind 90 v. H. der Gebühr nach lfd. Nr. 11.1 zu erheben. Die Gebühr vermindert sich je weitere vollendete fünf Jahre um 10 v. H. Das Jahr der Fertigstellung ist bei der Ermittlung des Gebäudealters voll zu berücksichtigen. Bei der Einmessung mehrerer Gebäude ist das nach der Summe der Normierungsfaktoren gewogene durchschnittliche Alter der Gebäude maßgebend; es ist mindestens die höchste zu erzielende Einzelgebühr eines Gebäudes zu erheben.</p>	
	<p>7. Mit den Gebühren nach lfd. Nr. 11 sind sämtliche erforderlichen Leistungen zur Durchführung der Gebäudeeinmessung abgegolten. Die Gebühr nach lfd. Nr. 8 bleibt hiervon unberührt.</p>	
12	Mehrarbeit bei Liegenschaftsvermessungen und Abmarkungen	
12.1	Mehrarbeit aufgrund von örtlichen Behinderungen	bis zu 20 v. H. der jeweiligen Gebühren nach lfd. Nr. 10 und 11
12.2	Mehrarbeit für die Berücksichtigung von örtlichen Zwangsbedingungen	bis zu 30 v. H. der Gebühr nach lfd. Nr. 10.4
12.3	Mehrarbeit für die Bestimmung und Abmarkung von Grenzen, wenn diese aus Gründen, die die Antragstellerin oder der Antragsteller zu vertreten hat, wiederholt werden müssen	bis zu 20 v. H. der jeweiligen Gebühren nach lfd. Nr. 10
13	Von den Flurbereinigungsbehörden übertragene Neuvermessungen	
13.1	Aufmessung der Grenzpunkte	Gebühr nach Gebührenstaffel III
13.2	vollständige Aufmessung eines Gehöfts	Gebühr nach Gebührenstaffel III
13.3	Absteckung einschließlich Kontrolle neuer Grenzpunkte je Grenzpunkt	90,00
13.4	Vorübergehende Kennzeichnung und Anzeige von Grenzpunkten je Grenzpunkt einschließlich Materialkosten	26,90

Lfd. Nr.	Gegenstand	Gebühr EUR
13.5	Bestimmung von Passpunkten zur Georeferenzierung	
13.5.1	im koordinierten Grenz- und Gebäudepunktfeld je Punkt	80 v. H. der Gebühr nach lfd. Nr. 10.3.2.1
13.5.2	in sonstigen Gebieten je Punkt	80 v. H. der Gebühr nach lfd. Nr. 10.3.1

Anmerkungen zu lfd. Nr. 13

1. Mit den Gebühren nach lfd. Nr. 13 sind sämtliche erforderlichen Leistungen zur Ausführung der Vermessungsarbeiten abgegolten. Die Gebühr nach lfd. Nr. 8 bleibt hiervon unberührt.
2. Unter lfd. Nr. 13 fallen geschlossene Neuvermessungen der Flurbereinigungsbehörden, deren Ergebnisse in das Liegenschaftskataster übernommen werden sollen und bei denen eine Grenzermittlung nicht oder nur in geringem Umfang erforderlich ist.
3. Unter lfd. Nr. 13 fallen auch terrestrische Ergänzungsmessungen zur Luftbildmessung.
4. Die Punktdichte je Hektar der Gebührenstaffel III richtet sich bei den Arbeiten der Anmerkung 2 nach der Neuvermessungsfläche, bei den Arbeiten der Anmerkung 3 nach der Fläche des Gesamtverfahrens.
5. Zu einem Gehöft gehören alle auf einem Grundstück stehenden Gebäude, die eine wirtschaftliche Einheit bilden. Stehen auf einem Grundstück mehr als zwei selbstständige Gebäude und erfordert die räumliche Trennung der Gebäude eine Aufnahme von unterschiedlichen Standpunkten aus, so können die Gebäude zu Gebäudegruppen zusammengefasst und jede Gebäudegruppe als Gehöft gezählt werden.
6. Bei Absteckungen einschließlich Kontrolle neuer Grenzpunkte nach lfd. Nr. 13.3 und bei vorübergehender Kennzeichnung und Anzeige von Grenzpunkten nach lfd. Nr. 13.4 wird bei Aufträgen je Gesamtvolumen
 - a) von weniger als fünf Grenzpunkten ein Zuschlag von 50 v. H. und
 - b) bis zu 20 Grenzpunkten ein Zuschlag von 20 v. H. der Gebühr erhoben.
 Gleiches gilt für Aufträge mit räumlich getrennten Teilen von weniger als fünf oder bis zu 20 Grenzpunkten.
7. Bei Neuvermessungen nach lfd. Nr. 13 sind lfd. Nr. 10 und 11 nicht anzuwenden.

Lfd. Nr.	Gegenstand	Gebühr EUR
14	Vorbereitung und Durchführung der Umlegung nach dem Baugesetzbuch	
14.1	je Ordnungsnummer	1 300,00 bis 3 200,00
14.2	je neues Flurstück	90,00
14.3	Mehrarbeit, z. B. durch die Änderung eines rechtskräftigen Bebauungsplans während des Umlegungsverfahrens, durch Vorwegmaßnahmen nach den §§ 76 und 77 BauGB, durch Änderungen des Umlegungsplans nach § 73 BauGB oder durch die Rückabwicklung der Umlegung je betroffene Ordnungsnummer	bis 500,00

Anmerkungen zu lfd. Nr. 14

1. Mit den Gebühren nach lfd. Nr. 14 sind sämtliche Arbeiten zur Regelung der Rechtsverhältnisse innerhalb des Umlegungsverfahrens abgegolten; die Auslagenerstattung bleibt unberührt.
2. Eine Eigentümergemeinschaft ist als eine Ordnungsnummer zu zählen.
3. Die Gebühr nach lfd. Nr. 14.1 ist für alle Ordnungsnummern eines Umlegungsverfahrens einheitlich festzusetzen.
4. Die vermessungstechnischen Arbeiten einschließlich Mehrarbeit sind nach lfd. Nr. 2 und 10 bis 12 abzurechnen.

15 Vorbereitung und Durchführung der vereinfachten Umlegung nach dem Baugesetzbuch

15.1	Vorbereitung des Beschlusses über die vereinfachte Umlegung je Ordnungsnummer	153,00 bis 740,00
15.2	Durchführung des Beschlusses über die vereinfachte Umlegung je Ordnungsnummer	77,00 bis 181,00
15.3	je neues Flurstück	82,00

Anmerkungen zu lfd. Nr. 15

1. Die Anmerkungen 1 und 2 zu lfd. Nr. 14 gelten entsprechend.
2. Die Gebühren nach lfd. Nr. 15.1 und 15.2 sind jeweils für alle Ordnungsnummern eines vereinfachten Umlegungsverfahrens einheitlich festzusetzen.
3. Die vermessungstechnischen Arbeiten sind nach lfd. Nr. 2 und 10 bis 12 abzurechnen.

Lfd. Nr.	Gegenstand	Gebühr EUR
16	Flurstücksverschmelzung je neues Flurstück	54,00

Anmerkungen zu lfd. Nr. 16

1. Mit der Gebühr sind alle Aufwendungen zur Bearbeitung der Flurstücksverschmelzung abgegolten. Die Gebühr nach lfd. Nr. 8 bleibt hiervon unberührt. Für der Verschmelzung vorausgehende Leistungen zur Vereinigung von Grundstücken, die über das übliche Maß hinausgehen, können Gebühren nach lfd. Nr. 1 erhoben werden.
2. Ist eine beantragte Flurstücksverschmelzung z. B. wegen ungleicher Belastung der Flurstücke im Grundbuch nicht möglich, sind 50 v. H. der Gebühr nach lfd. Nr. 16 zu erheben.
3. Eine von Amts wegen durchgeführte Flurstücksverschmelzung ist kostenfrei, wenn sie nicht zugleich der Reduzierung von Kosten für eine Liegenschaftsvermessung oder für eine andere Maßnahme dient.

17 Übernahme von Vermessungsschriften

17.1	Bildung von neuen Flurstücken, Grenzbestimmungen und Abmarkungen	20 v. H. der jeweiligen Gebühren nach lfd. Nr. 10
17.2	Gebäudeeinmessungen	15 v. H. der jeweiligen Gebühren nach lfd. Nr. 11
17.3	Umlegungen nach dem Baugesetzbuch je Flurstück	36,40
17.4	Flurstücksverschmelzungen	30 v. H. der Gebühr nach lfd. Nr. 16; je Antrag jedoch mindestens 28,00

Lfd. Nr.	Gegenstand	Gebühr EUR
----------	------------	---------------

Anmerkungen zu lfd. Nr. 17

1. Die jeweilige Gebühr nach lfd. Nr. 17 ist unabhängig davon, ob die Vermessung von einem Vermessungs- und Katasteramt oder einer sonstigen öffentlichen Vermessungsstelle ausgeführt wurde, anzusetzen. Mit dieser Gebühr sind die Aufwendungen für die erforderlichen Mitteilungen über die Aktualisierung des Liegenschaftskatasters abgegolten.
2. Die Gebühr nach lfd. Nr. 17.2 entfällt bei
 - a) nicht gebührenpflichtigen Gebäudeeinemessungen,
 - b) der Einmessung von Grundrissveränderungen durch teilweisen Abbruch und
 - c) Gebäuden im Erbbaurecht oder auf Grundstücken im Eigentum kommunaler Gebietskörperschaften, die von hierzu befugten behördlichen Vermessungsstellen kommunaler Gebietskörperschaften eingemessen wurden.
3. Mit der jeweiligen Gebühr nach lfd. Nr. 17 ist die Nutzung der SAPOS®-Dienste HEPS und GPPS abgegolten.
4. Die Übernahme von Bodenordnungen nach dem Flurbereinigungsgesetz ist kostenfrei.

18 Beglaubigungen, Zeugnisse und Bescheinigungen

18.1	Beglaubigungen je Beglaubigungsvermerk	3,00 bis 19,00 *
18.2	Entfernungsbescheinigung über Wegstrecken je Strecke	36,40 *
18.3	Bescheinigungen zur lastenfremen Abschreibung von Grundstücksteilen außerhalb des Ausübungsbereichs von Grunddienstbarkeiten (§ 1026 des Bürgerlichen Gesetzbuchs) je Grundstück	60,00 bis 166,00 *
18.4	Unschädlichkeitszeugnis nach dem Landesgesetz über Unschädlichkeitszeugnisse im Grundstücksverkehr je Unschädlichkeitszeugnis	77,00 bis 490,00 *

Anmerkung zu lfd. Nr. 18

Die Beglaubigung von Anträgen auf Vereinigung oder Teilung von Grundstücken nach § 7 Abs. 1 LGVerm ist mit der Gebühr nach lfd. Nr. 10.2 oder lfd. Nr. 16 abgegolten.

Lfd. Nr.	Gegenstand	Gebühr EUR
19	Zertifizierung von Programmen zur automatisierten Bearbeitung von amtlichen Vermessungen und im Bereich des Bodenmanagements je Iteration / Prüflauf	100,00 bis 1 900,00 *
20	Prüfung, Kontrolle und Zertifizierung geodätischer Messsysteme	
20.1	Prüfung, Kontrolle und Zertifizierung geodätischer Messsysteme auf einem Prüffeld der Vermessungs- und Katasterverwaltung	114,00 *
20.2	Prüfung und Kontrolle von Tachymetern auf der Prüfstrecke Polch mit Inanspruchnahme weiterer Prüfeinrichtungen des Landesamts für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz	
20.2.1	Bestimmung von Nullpunktkorrektur und Gerätemaßstab	
20.2.1.1	für das erste Gerät	211,00 *
20.2.1.2	für jedes weitere Gerät am gleichen Tag	146,00 *
20.2.2	Bestimmung von Nullpunktkorrektur, Gerätemaßstab und zyklischem Phasenfehler	
20.2.2.1	für das erste Gerät	344,00 *
20.2.2.2	für jedes weitere Gerät am gleichen Tag	198,00 *
20.2.3	Bestimmung von Nullpunktkorrektur, Gerätemaßstab und Frequenz	
20.2.3.1	für das erste Gerät	306,00 *
20.2.3.2	für jedes weitere Gerät am gleichen Tag	211,00 *
20.2.4	Bestimmung von Nullpunktkorrektur, Gerätemaßstab, zyklischem Phasenfehler und Frequenz	
20.2.4.1	für das erste Gerät	453,00 *
20.2.4.2	für jedes weitere Gerät am gleichen Tag	267,00 *
20.2.5	Prüfung der Frequenz bei Tachymetern	
20.2.5.1	für das erste Gerät	77,00 *
20.2.5.2	für jedes weitere Gerät am gleichen Tag	44,60 *

Lfd. Nr.	Gegenstand	Gebühr EUR
----------	------------	---------------

Anmerkungen zu lfd. Nr. 20

1. Mit den Gebühren nach lfd. Nr. 20.1 sind die Nutzung der Prüffelder der Vermessungs- und Katasterverwaltung, die Auswertung der Prüfmessungen der geodätischen Messsysteme sowie die Zertifizierung nach den Richtlinien zur Prüfung, Kontrolle und Zertifizierung geodätischer Messsysteme im amtlichen Vermessungswesen abgegolten.
2. Die Prüfung, Kontrolle und Zertifizierung geodätischer Messsysteme sind für Vermessungsstellen des Landes gebührenfrei. Von den sonstigen öffentlichen Vermessungsstellen nach § 2 Abs. 2 LGVerm werden 70 v. H. der Gebühren nach lfd. Nr. 20.1 erhoben.

21 Sonstige technische Arbeiten

21.1	Vermessungsunterlagen	Gebühren nach lfd. Nr. 4 bis 7
21.2	örtliche und häusliche Arbeiten	Gebühren nach lfd. Nr. 1 und 2
21.3	Einsatz von Sensoren und Auswertegeräten, deren Anschaffungswert 15 000,00 EUR übersteigt je angefangene halbe Betriebsstunde	0,15 v. T. des Anschaffungswerts

Anmerkungen zu lfd. Nr. 21

1. Zu den Arbeiten nach lfd. Nr. 21 zählen insbesondere folgende Leistungen:
 - a) Einmessung von topografischen Gegenständen, soweit in diesem Gebührenverzeichnis nichts anderes bestimmt ist,
 - b) Sicherung von Vermessungs- und Grenzpunkten, die z. B. durch Baumaßnahmen gefährdet sind; für die Übernahme der Vermessungsschriften in das Liegenschaftskataster wird keine Gebühr erhoben,
 - c) vorübergehende Kennzeichnung von Grenzpunkten während einer noch nicht abgeschlossenen Liegenschaftsvermessung,
 - d) Umsetzung von Daten in ein Sonderformat und
 - e) besondere Reproduktionsarbeiten.
2. Nicht unter lfd. Nr. 21 fallen Arbeiten, die aufgrund von Sondervereinbarungen durchgeführt werden.

Lfd. Nr.	Gegenstand	Gebühr EUR
22	Bestellungen, Anerkennungen und Zulassungen	
22.1	Öffentlich bestellte Vermessungsingenieurinnen und Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure	
22.1.1	Bestellung und Vereidigung	817,00 *
22.1.2	Bestellung einer Treuhänderin oder eines Treuhänders	344,00 *
22.1.3	Ausfertigung eines Ausweises für die Aufgabenwahrnehmung im amtlichen Vermessungswesen je Ausweis	38,30 *
22.1.4	Amtshandlungen im Zusammenhang mit der Verlegung der Geschäftsstelle	44,60 *
22.2	Sonstige Anerkennungen und Zulassungen	77,00 bis 825,00 *
23	Erstattung von Verkehrswertgutachten und Gutachten zur Ermittlung von Bodenwerten (Anfangs- und Endwerte) in städtebaulichen Sanierungsgebieten und Entwicklungsbereichen	
23.1	Gutachten über den Verkehrswert für unbebaute Grundstücke und Rechte an unbebauten Grundstücken nach § 193 BauGB oder Gutachten zur Ermittlung von Bodenwerten (Anfangs- und Endwerte) in städtebaulichen Sanierungsgebieten und Entwicklungsbereichen nach den §§ 154 und 169 BauGB mit einem Verkehrswert oder einem Bodenwert	
23.1.1	bis zu 250 000,00 EUR	4,1 v. T. des ermittelten Verkehrswerts zuzüglich 740,00
23.1.2	über 250 000,00 EUR bis zu 1 Mio. EUR	1,5 v. T. des ermittelten Verkehrswerts zuzüglich 1 440,00
23.1.3	über 1 Mio. EUR	0,9 v. T. des ermittelten Verkehrswerts zuzüglich 2 040,00
23.2	Gutachten über den Verkehrswert für bebaute Grundstücke und Rechte an bebauten Grundstücken nach § 193 BauGB mit einem Verkehrswert	
23.2.1	bis zu 250 000,00 EUR	7,2 v. T. des ermittelten Verkehrswerts zuzüglich 990,00

Lfd. Nr.	Gegenstand	Gebühr EUR
23.2.2	über 250 000,00 EUR bis zu 500 000,00 EUR	3,0 v. T. des ermittelten Verkehrswerts zuzüglich 2 150,00
23.2.3	über 500 000,00 EUR bis zu 2,5 Mio. EUR	1,5 v. T. des ermittelten Verkehrswerts zuzüglich 3 000,00
23.2.4	über 2,5 Mio. EUR bis zu 10 Mio. EUR	1,15 v. T. des ermittelten Verkehrswerts zuzüglich 4 050,00
23.2.5	über 10 Mio. EUR	0,9 v. T. des ermittelten Verkehrswerts zuzüglich 6 600,00
23.3	über die ortsübliche Pacht (§ 5 Abs. 2 des Bundeskleingartengesetzes vom 28. Februar 1983 – BGBl. I S. 210 – in der jeweils geltenden Fassung)	306,00 bis 1 458,00
23.4	für über den üblichen Rahmen hinausgehende Mehrarbeiten infolge besonderer Erschwernisse (z. B. Bauzustand des Bewertungsobjekts, fehlende oder nicht verwendbare Bauunterlagen und ähnliches)	bis zu 30 v. H. der Gebühr nach lfd. Nr. 23.1 oder lfd. Nr. 23.2

Anmerkungen zu lfd. Nr. 23

1. Mit den Gebühren nach lfd. Nr. 23.1 bis 23.3 sind auch die Entschädigungen für die Leistungen der ehrenamtlichen Gutachterinnen und Gutachter, die Kosten für je eine Ausfertigung des Gutachtens für die Antragstellerin oder den Antragsteller und die Eigentümerin oder den Eigentümer, die Reisekosten, die Beförderung der Messgeräte und die Benutzung des Dienstkraftwagens und/oder eingesetzten Privatwagens abgegolten.
2. Grundstück im Sinne der lfd. Nr. 23 ist die einer Eigentümerin oder einem Eigentümer gehörende, räumlich zusammenhängende Grundfläche, die wirtschaftlich eine Einheit bildet.
3. Ist bei der Ermittlung des Verkehrswerts eines Grundstücksteils aus Gründen der Wertermittlungssystematik auch das Reststück einzubeziehen (z. B. Differenz- oder Verschiebemethode), ist für die Gebührenberechnung nur der Wert des Grundstücksteils maßgebend.

Lfd. Nr.	Gegenstand	Gebühr EUR
----------	------------	---------------

4. Bei Gutachten über den Bodenwert eines bebauten Grundstücks ist die Gebühr nach lfd. Nr. 23.1 zu bemessen. Für die Bemessung der Gebühr ist bei Gutachten zur Ermittlung des zonalen Anfangs- und Endwerts die Fläche des Richtwertgrundstücks anzuhalten.
5. Bei der Berechnung der Gebühr nach lfd. Nr. 23.1 oder lfd. Nr. 23.2 ist grundsätzlich der Verkehrswert zum Zeitpunkt der Erstattung des Gutachtens maßgebend. Der Gebührenberechnung ist jedoch als Verkehrswert zugrunde zu legen:
 - a) die Summe der Verkehrswerte der Bewertungsobjekte, wenn von einer Antragstellerin oder einem Antragsteller beantragte Gutachten sich auf verschiedene Bewertungsobjekte in etwa gleicher räumlicher Lage und mit weitgehend übereinstimmenden wertbeeinflussenden Merkmalen beziehen,
 - b) die Summe der Verkehrswerte der Rechte, wenn ein Gutachten für mehrere Rechte, die ein und dasselbe Grundstück betreffen, zu erstatten ist,
 - c) die Summe aus dem Verkehrswert für das unbelastete Grundstück und den Verkehrswerten der Rechte, wenn in einem Gutachten auch Rechte Dritter zu bewerten sind, die den zu ermittelnden Verkehrswert des Bewertungsobjekts mindern,
 - d) die Summe der ermittelten Werte, wenn in einem Gutachten zusätzlich zum Verkehrswert des Bewertungsobjekts auch Werte von Teilflächen, Gebäuden, Gebäudeteilen oder von ideellen Anteilen des Grundstücks zu ermitteln sind.
6. Sind im Gutachten für ein und dasselbe Bewertungsobjekt mehrere Werte (z. B. für Wertminderungen, Werterhöhungen, Anfangs- und Endwert in städtebaulichen Sanierungsgebieten oder Werte zu mehreren Stichtagen) zu ermitteln, bemisst sich die Gebühr nach der Summe aus dem höchsten Wert und jeweils der Hälfte des zusätzlich ermittelten niedrigeren Werts.
7. Ist das Ergebnis des Gutachtens kein Verkehrswert im Sinne des § 194 BauGB, so ist sinngemäß von vergleichbaren Werten, z. B. von der Höhe der Entschädigung für den Rechtsverlust im Enteignungsverfahren, auszugehen.
8. Die Gebühren nach lfd. Nr. 23.1 und 23.2 sind für im Vergleich zum üblichen Rahmen erheblich geringere Aufwendungen (z. B. durch vorliegende detaillierte Objektbeschreibungen, Vorleistungen der Antragstellerin oder des Antragstellers, mehrfache Verwendung von Ausgangsdaten bei der Ermittlung von mehreren Anfangs- und Endwerten in Sanierungsgebieten) um bis zu 30 v. H. zu ermäßigen.
9. Sind vom Gutachterausschuss erstellte Gutachten nachträglich fortzuschreiben, können die Gebühren nach lfd. Nr. 23.1 und 23.2 je nach Arbeitsaufwand bis zu 50 v. H. ermäßigt werden.

Lfd. Nr.	Gegenstand	Gebühr EUR
25	Gutachterliche Stellungnahme	
25.1	für bebaute und unbebaute Grundstücke sowie Rechte an bebauten und unbebauten Grundstücken	15 v. H. der jeweiligen Gebühren nach Ifd. Nr. 23.1, 23.2 und 23.4
25.2	für Kaufpreisprüfungen nach § 153 Abs. 2 BauGB (Sanierungsgebiete) und § 169 Abs. 1 Nr. 6 in Verbindung mit § 153 Abs. 2 BauGB (Entwicklungsbereiche) sowie für Höchstpreisprüfungen nach § 153 Abs. 3 BauGB (Sanierungsgebiete) und § 169 Abs. 1 Nr. 6 in Verbindung mit § 153 Abs. 3 BauGB (Entwicklungsbereiche)	10 v. H. der jeweiligen Gebühren nach Ifd. Nr. 23.1, 23.2 und 23.4
26	Online gestützte Vergleichswerte je Vergleichswert	28,00 bis 51,00
27	Auskünfte aus der Kaufpreissammlung (§ 195 Abs. 3 BauGB) für den Bereich eines Gutachterausschusses gedruckt oder als druckaufbereitete Datei	58,00 bis 815,00
28	Auskünfte und Auszüge aus dem Nachweis der Bodenrichtwerte (§ 196 Abs. 3 BauGB)	
28.1	Schriftliche Auskunft, ohne Auszug aus der Bodenrichtwertkarte, über den Bodenrichtwert eines Grundstücks als Einzelnachweis oder in Listenform je Grundstück	31,70 bis 128,00
28.2	Auszug aus der Bodenrichtwertkarte gedruckt oder als druckaufbereitete Datei je Auszug im Format bis	
28.2.1	DIN A3	41,00
28.2.2	DIN A2	63,00
28.2.3	DIN A1	90,00
28.2.4	DIN A0	112,00

Lfd. Nr.	Gegenstand	Gebühr EUR
28.3	Übersichten über generalisierte Bodenrichtwerte	
28.3.1	Gesamtübersicht in Listenform gedruckt oder als druckaufbereitete Datei	180,00
28.3.2	Teilübersicht in Listenform gedruckt oder als druckaufbereitete Datei	25,50 bis 165,00
28.4	Onlinezugriff auf den Premiumdienst des Bodenrichtwertinformationssystems je Stichtag der Bodenrichtwertermittlung und je nach Fläche des Zugriffsbereichs	121,00 bis 1 660,00
28.5	Bestandsdatenauszüge aus dem Bodenrichtwertinformationssystem je Stichtag der Bodenrichtwertermittlung und je Objekt	
28.5.1	vom 1. bis zum 1 000. Objekt	0,35
28.5.2	vom 1 001. bis zum 10 000. Objekt	50 v. H. der Gebühr nach lfd. Nr. 28.5.1
28.5.3	ab dem 10 001. Objekt	25 v. H. der Gebühr nach lfd. Nr. 28.5.1

Anmerkung zu lfd. Nr. 28

Werden schriftliche Bodenrichtwertauskünfte über mehrere Grundstücke einer Eigentümerin oder eines Eigentümers erteilt, sind diese bei der Gebührenberechnung nach lfd. Nr. 28.1 nach der räumlichen Lage und den übereinstimmenden wertbeeinflussenden Merkmalen gruppenweise zusammenzufassen.

29 Sonstige Grundstücksmarktinformationen

29.1	Grundstücksmarktbericht gedruckt oder als druckaufbereitete Datei	42,00 bis 190,00
29.2	Landesgrundstücksmarktbericht	
29.2.1	gedruckt	200,00
29.2.2	als druckaufbereitete Datei	150,00
29.2.3	gedruckt und als druckaufbereitete Datei	300,00

Lfd. Nr.	Gegenstand	Gebühr EUR
29.3	Grundstücksmarktinformationen der Gutachterausschüsse	
29.3.1	Einsichtnahme	
29.3.1.1	bis zu einer Arbeitshalbstunde	kostenfrei
29.3.1.2	für jede weitere angefangene Arbeitshalbstunde	Gebühr nach lfd. Nr. 1
29.3.2	Auszug	
29.3.2.1	aus vorliegenden Grundstücksmarktinformationen für den Bereich eines Gutachterausschusses je Auswertung und Jahr	28,00 bis 102,00
29.3.2.2	aus den Grundstücksmarktinformationen je speziellem Teilmarkt oder räumlichen Gebiet	Gebühr nach lfd. Nr. 1
30	Geotopografische Informationen – Aktuelle und historische Luftbilder	
30.1	Luftbilder digital, gedruckt oder als druckaufbereitete Datei je Luftbild	60,00
30.2	Luftbild digital mit Infrarotkanal je Luftbild	100,00
	Anmerkungen zu lfd. Nr. 30	
	1. Bei Landesbehörden werden 50 v. H. der Gebühren nach lfd. Nr. 30 erhoben.	
	2. Die Veröffentlichung in Printmedien (z. B. Zeitschriften, Büchern) ist bis zu einer Größe von DIN A3 gebührenfrei.	
31	Geotopografische Informationen – Amtliche topografische Kartenwerke, Sonderkarten und historische Karten	
31.1	Topografische Karte 1 : 5 000 (TK5), 1 : 25 000 (TK25), 1 : 50 000 (TK50), 1 : 100 000 (TK100)	5,00
31.2	Karte der Gemeindegrenzen von Rheinland-Pfalz 1 : 200 000	7,00
31.3	Übersichtskarte Rheinland-Pfalz/Saarland 1 : 250 000	7,00
31.4	Übersichtskarte der Großregion 1 : 500 000	7,00
31.5	Moselsteig Karte 1 von Perl bis Trier	5,90

Lfd. Nr.	Gegenstand	Gebühr EUR
31.6	Moselsteig Karte 2 von Trier bis Zell (Mosel)	5,90
31.7	Moselsteig Karte 3 von Zell (Mosel) bis Koblenz	5,90
31.8	Kartenset Moselsteig von Perl bis Koblenz	14,50
31.9	Topografische Karten 1 : 25 000 mit Wanderwegen/Wander- und Radwanderwegen sowie Naturparkkarten	3,00
31.10	Topografische Karten 1 : 50 000 mit Wanderwegen/Wander- und Radwanderwegen sowie Naturparkkarten	3,00
31.11	Geotouristische Karte 1 : 100 000 Nationaler Geopark Vulkanland Eifel	3,00
31.12	Historische Kartenaufnahmen je Druck	5,35

Anmerkungen zu lfd. Nr. 31

1. Die Mindestgebühr nach § 2 ist für die Produkte nach lfd. Nr. 31 nicht zu erheben.
2. In lfd. Nr. 31.1 und 31.2 ist die Umsatzsteuer nach dem Umsatzsteuergesetz enthalten.
3. In lfd. Nr. 31.3 bis 31.12 ist die ermäßigte Umsatzsteuer nach dem Umsatzsteuergesetz enthalten.
4. Zum Weiterverkauf durch den Einzel- und Großhandel werden
 - a) von 1 bis 10 Exemplaren 70 v. H.,
 - b) von 11 bis 200 Exemplaren 60 v. H.,
 - c) ab 201 Exemplaren 50 v. H.
der Gebühren nach lfd. 31.1 bis 31.11 erhoben.

* Der Gegenstand der Gebühr fällt in den Anwendungsbereich der Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt (ABl. EU Nr. L 376 S. 36). Nach deren Artikel 13 Abs. 2 Satz 2 darf die festzusetzende Gebühr die Kosten des Verfahrens nicht übersteigen; Bedeutung, wirtschaftlicher Wert und sonstiger Nutzen bleiben daher bei der Gebührenfestsetzung unberücksichtigt.

Gebührenstaffel I

Berücksichtigung des Bodenwerts der vermessenen und neuen Flurstücke oder der Art der lang gestreckten Anlage

Die Gebühren nach lfd. Nr. 10.1 bis 10.6 sind mit dem Wertfaktor zu multiplizieren, der sich nach dem Bodenwert der vermessenen und neuen Flurstücke oder der Art der lang gestreckten Anlage ergibt.

Bildung von neuen Flurstücken, Grenzbestimmungen und Abmarkungen		
Bodenwert der vermessenen und neuen Flurstücke		Wertfaktor
über	bis	
0,00 EUR	10 000,00 EUR	0,9
10 000,00 EUR	20 000,00 EUR	1,0
20 000,00 EUR	40 000,00 EUR	1,1
40 000,00 EUR	100 000,00 EUR	1,2
100 000,00 EUR	250 000,00 EUR	1,3
250 000,00 EUR		1,4

Vermessung lang gestreckter Anlagen mit mehr als 100 m Länge aus Anlass der Neuanlage oder baulichen Veränderung und Kreisverkehrsplätze	
Art der Anlage	Wertfaktor
zweibahnige Straßen mit zwei und mehr Fahrstreifen je Richtung, die durch ein Bauwerk, z. B. Mittelstreifen mit Schutzplanken, voneinander getrennt sind, Eisenbahnen, Gewässer 1. Ordnung	1,3
einbahnige Straßen mit zwei und mehr Fahrstreifen und mehr als 5 m Fahrbahnbreite, Gewässer 2. Ordnung	1,2
sonstige Straßen, Wege, Gewässer und Anlagen	1,0

Anmerkungen zur Gebührenstaffel I

1. Bei der Bildung von neuen Flurstücken, Grenzbestimmungen und Abmarkungen in Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz ist unabhängig vom Bodenwert der zu vermessenden Flurstücke der Wertfaktor 1,0 anzusetzen.
2. Bei der Vermessung mehrerer zusammengehörender lang gestreckter Anlagen innerhalb eines Antrags ist der Wertfaktor der Hauptanlage anzusetzen.

Gebührenstaffel II

Gebäudeeinmessungen

Normierungsfaktor (Ermittlung aus umbauten Raum nach Anmerkung 3 zu lfd. Nr. 11)	Gebühr für die Gebäudeeinmessung
1	2
Normierungsfaktor	EUR
bis 4	280,00
von mehr als 4 bis 15	430,00
von mehr als 15 bis 40	745,00
von mehr als 40 bis 75	1 120,00
von mehr als 75 bis 150	1 825,00
von mehr als 150 bis 500 je weitere angefangene 50	520,00 mehr
von mehr als 500 bis 2 000 je weitere angefangene 50	305,00 mehr
von mehr als 2 000	14 800,00

Anmerkung zur Gebührenstaffel II

Für die Einmessung von Grundrissveränderungen durch teilweisen Abbruch auf einem Flurstück ist eine Gebühr von 100,00 EUR zu erheben.

Gebührenstaffel III

Aufmessung von Grenzpunkten und Gehöften

	Gebühr je aufgemessenem Grenzpunkt oder je Gehöft				
	Behinderungsstufe				
	1	2	3	4	5
	EUR				
je Punkt bei einer Punktdichte je Hektar Neuermessungsfläche (bis einschließlich)					
2	52,70				
3	41,45				
4	36,10				
5	33,15				
6	31,65				
7	30,85				
8	30,10				
9	28,55				
10 und mehr	27,05				
je Gehöft	309,00				

Anmerkung zur Gebührenstaffel III

Die Einstufung des Neuermessungsgebietes in die Behinderungsstufen erfolgt nach folgenden Merkmalen:

Behinderungsstufe 1: offene Feldlagen, Anteil der Holzflächen bis 10 v. H.

Behinderungsstufe 2: Ortslagen – aufgelockert, ruhiger Straßenverkehr
Feldlagen – Behinderung durch Bodenbewachsung (z. B. Hecken) und/oder Anteil der Holzflächen über 10 bis 35 v. H.

Behinderungsstufe 3: Ortslagen – aufgelockert mit starkem Straßenverkehr oder enge Bebauung mit ruhigem Straßenverkehr
Feldlagen – erhebliche Behinderung durch dichte Bodenbewachsung (z. B. Hecken) und/oder Anteil der Holzflächen über 35 bis 70 v. H. und/oder erhebliche Höhenunterschiede

Behinderungsstufe 4: Ortslagen – enge Bebauung mit starkem Straßenverkehr oder sehr enge Bebauung
Feldlagen – Anteil der Holzflächen über 70 v. H. und/oder überwiegend steile Hanglagen

Behinderungsstufe 5: sehr eng bebaute Ortslagen mit starkem Straßenverkehr und/oder erheblichen Sichtbehinderungen und/oder erheblichen Höhenunterschieden bzw. steilen Hanglagen

**Auszug aus der
„Dritten Landesverordnung zur Änderung von Landesverordnungen auf dem Gebiet
des amtlichen Vermessungswesens vom 15. Mai 2024“**

Artikel 1

Die Landesverordnung über die Gebühren der Vermessungs- und Katasterbehörden und der Gutachterausschüsse (Besonderes Gebührenverzeichnis) vom 17. August 2022 (GVBl. S. 287, BS 2013-1-23) wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:
 - a)

Artikel 2

(1) Das Besondere Gebührenverzeichnis nach Artikel 1 ist nicht anzuwenden und Gebühren und Auslagen sind nach dem bisher geltenden Recht zu erheben

1. für Amtshandlungen, öffentlich-rechtliche Dienstleistungen einschließlich Geoserviceleistungen und die Benutzung von Einrichtungen, die vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung beantragt waren, aber erst nach diesem Zeitpunkt vorgenommen werden, sofern dies für die Kostenschuldnerin oder den Kostenschuldner günstiger ist,
2. für Gebäudeeinmessungen von Amts wegen, die vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung örtlich erledigt waren, sofern dies für die Kostenschuldnerin oder den Kostenschuldner günstiger ist, und
3. im Falle vereinbarter periodischer Abrechnung für die vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung begonnene aber erst nach diesem Zeitpunkt endende Abrechnungsperiode.

(2) Werden beantragte Amtshandlungen, öffentlich-rechtliche Dienstleistungen einschließlich Geoserviceleistungen und die Benutzung von Einrichtungen durch Gründe, die nicht von der zuständigen Behörde zu vertreten sind, verzögert, sind Gebühren und Auslagen nach dem zur Zeit der Durchführung des überwiegenden Teils der Amtshandlungen, öffentlich-rechtlichen Dienstleistungen einschließlich Geoserviceleistungen und der Benutzung von Einrichtungen geltenden Recht zu erheben.

(3) Verträge und Vereinbarungen für die Bereitstellung und Übermittlung von Geobasisinformationen einschließlich vereinbarter Geoserviceleistungen bleiben unberührt.

Artikel 3

Die Landesverordnung über die Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurinnen und Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure

Artikel 4

Diese Verordnung tritt am 3. Juni 2024 in Kraft.

Mainz, den 15. Mai 2024
Der Minister des Innern und für Sport

Begründung

Artikel 1

A. Allgemeines

Die Landesverordnung über die Gebühren der Vermessungs- und Katasterbehörden und der Gutachterausschüsse (Besonderes Gebührenverzeichnis) vom 17. August 2022 (GVBl. S. 287, BS 2013-1-23) bedarf aus folgenden Gründen einer Anpassung:

- **Richtlinie (EU) 2019/1024 des europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 (EU-Richtlinie 2019/1024)**

Die „Richtlinie (EU) 2019/1024 über offene Daten und die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors“ (PSI-Richtlinie) regelt, dass hochwertige Datensätze des öffentlichen Sektors (High Value Datasets = HVD) und damit Geodaten künftig unentgeltlich und maschinenlesbar über Anwendungsprogrammierschnittstellen (API) und Massendownload-Verfahren zur Verfügung gestellt werden müssen (Open Data). Die EU-Kommission hat mit Datum vom 21. Dezember 2022 eine Durchführungsverordnung (EU 2023/138) zur Festlegung der HVD sowie der Vorgaben zur Veröffentlichung und Weiterverwendung (z. B. Datenformate, Lizenzen) erlassen (DVO-HVD). Damit ist der VermKV jeglicher Ermessungsspielraum zur Gebührenerhebung für diese HVD-Daten durch EU-Recht genommen.

Nach der PSI-Richtlinie sind in der Kategorie "Georaum", "Erdbeobachtung & Umwelt" und "Mobilität" zukünftig sämtliche Daten der Landesvermessung und des Liegenschaftskatasters, mit Ausnahme von personenbezogenen Daten, kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Konkret regelt die DVO-HVD, dass alle Daten ab dem Maßstab 1 : 5 000 kostenfrei bereitzustellen sind. Damit sind alle im Land Rheinland-Pfalz erhobenen Daten der Geotopografie betroffen. Weiterhin sind Daten, die nicht ab dem angegebenen Maßstab, aber mindestens in einer größeren räumlichen Auflösung verfügbar sind, in der verfügbaren Auflösung (z. B. das Liegenschaftskataster) bereitzustellen.

Im Zeitalter der Digitalisierung ist die Verfügbarkeit von hochwertigen Daten ein bedeutender und wesentlicher Wirtschaftsfaktor. Frei verfügbare Verwaltungsdaten

tragen dazu bei, die wirtschaftliche Entwicklung anzuregen, Innovationen, neue Produkte und Dienste zu ermöglichen und die Teilhabe der Zivilgesellschaft und Wirtschaft am Verwaltungshandeln zu stärken. Der Zugang zu Daten bildet die Grundlage für datenbasierte politische Entscheidungen. Offene Verwaltungsdaten sind auch ein Ansatz, die Digitalisierung zu beschleunigen und in neue Anwendungsbereiche auszuweiten. Dies gilt in besonderem Maße für hochwertige Verwaltungsdaten, wie die Geobasisdaten der Vermessungs- und Katasterbehörden. Studien gehen etwa davon aus, dass der volkswirtschaftliche Wert aller offenen Daten des öffentlichen Sektors für ganz Deutschland bei geschätzt mindestens 12 Milliarden Euro im Jahr und für die EU bei rund 140 Milliarden Euro im Jahr liegt.

Die Durchführungsverordnung (EU) 2023/138 der Europäischen Kommission zur Festlegung der HVD-Daten und der Modalitäten ihrer Veröffentlichung und Weiterverwendung wurde am 20. Januar 2023 im Amtsblatt der EU veröffentlicht und ist am 9. März 2023 in Kraft getreten. In der Durchführungsverordnung ist eine Frist zur Umsetzung von 16 Monaten genannt, d. h. die Umsetzung der Verordnung muss spätestens zum 9. Juni 2024 erfolgen.

Die Gebührenregelungen der Geobasisdaten, die unter die HVD-Daten fallen, sind somit entbehrlich und daher aufzuheben. Dies betrifft überwiegend die Gebührenregelungen der Anlage 2 der GebVermGAVO. Die verbleibenden Gebührentatbestände der Anlage 2 werden in die bisherige Anlage 1 (neu: Anlage) der GebVermGAVO übernommen. Die Aufhebung der Anlage 2 der GebVermGAVO dient dabei auch der Verwaltungsvereinfachung im Gebührenrecht der Vermessungs- und Katasterverwaltung.

- **Anstieg der Personal- und Sachkosten**

Die letzte Fortschreibung der GebVermGAVO, verbunden mit der Anpassung der Höhe der Gebühren, erfolgte auf der Grundlage des Rundschreibens vom 28. Oktober 2021 (MinBl. S. 190) des Ministeriums der Finanzen „Richtwerte für die Berücksichtigung des Verwaltungsaufwands bei der Festsetzung der nach dem Landesgebührengesetz zu erhebenden Verwaltungs- und Benutzungsgebühren (Richtwerte FM)“ im August 2022. Diese Richtwerte basierten auf dem Stichtag

1. Januar 2021. Neue Richtwerte des FM sind im 3. Quartal 2024 zu erwarten. Nach § 23 der „Landesverordnung über die Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurinnen und Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure vom 22. Juni 2005“ erhalten die ÖbVI für die Wahrnehmung ihres öffentlichen Amtes öffentlich-rechtliche Vergütungen und Auslagen, die sich nach der Landesverordnung über die Gebühren der Vermessungs- und Katasterbehörden und der Gutachterausschüsse (Besonderes Gebührenverzeichnis), in der jeweils geltenden Fassung, bemessen.

Seit der letztmaligen Fortschreibung der GebVermGAVO vom 17. August 2022 folgte eine Entgelterhöhung aus der Tarifrunde TV-L 2021 und es wurde ein neuer Tarifvertrag nach der Tarifrunde TV-L 2023 beschlossen. Die Entgelterhöhungen für den öffentlichen Dienst sind folgend aufgeschlüsselt:

- Tarifvertrag 2021 gültig vom 1. Oktober 2021 bis 30. September 2023, Entgelterhöhung: 2,8 v.H. am 1. Dezember 2022 und
- der aktuelle Tarifvertrag aus der Tarifrunde TV-L 2023 vom 9. Dezember 2023; Laufzeit vom 1. Oktober 2023 bis 31. Oktober 2025. Dieser sieht Einmalzahlungen aufgrund der Inflationsrate der vergangenen beiden Jahre von 3 000,00 EUR, eine Anhebung des Sockelbetrages der Entgelttabellen um 200,00 EUR ab dem 1. November 2024 und eine Erhöhung der Entgelte um 5,5 v. H. ab dem 1. Februar 2025 vor. In Verbindung mit dem Sockelbetrag und der nicht zu berücksichtigenden Einmalzahlungen ergibt sich zum 1. Februar 2025 eine Erhöhung von ca. 10,5 v.H.

In der Summe ergeben sich nach den beiden Tarifverträgen der Länder (TV-L-2021: 2,8 v. H. und TV-L-2023: 10,5 v. H) Personalkostensteigerungen von rund 13,3 v. H.

Diese Personalkostensteigerungen sind mit Blick auf den privaten Berufsstand der ÖbVI zwingend zeitnah im Besonderen Gebührenverzeichnis der GebVermGAVO umzusetzen. Dafür spricht auch, dass die im 3. Quartal 2024 zu erwartenden neuen Richtwerte, welche die Personalkosten des Zeitraumes 1. Januar 2021 bis 1. Januar 2024 (Stichtage Richtwerte FM), noch nicht den aktuellen Tarifabschluss 2023 im öffentlichen Dienst berücksichtigen können. Die Problematik, dass die Kostensteigerungen im Personalbereich zum Teil erst Jahre später in den

Richtwerten des FM und somit den Besonderen Gebührenverzeichnissen berücksichtigt werden, ist auch dem FM bewusst.

Neben der Sicherung von Arbeitsplätzen, insbesondere bei den ÖbVI, dienen diese Anpassungen der Gebührenhöhe im Besonderen Gebührenverzeichnis der GebVermGAVO auch der Gewinnung von Fachkräften sowohl im privaten Bereich der ÖbVI als auch der öffentlichen Verwaltung, der Vermessungs- und Katasterverwaltung sowie im Bereich der Kommunalverwaltungen mit öffentlichen Vermessungsstellen.

Schließlich erledigen die ÖbVI mehr als 90 v. H. aller amtlichen Vermessungsarbeiten und sind somit ein wichtiger Bestandteil und Partner der Eigentumsicherung des Landes.

Aus vorgenannten Gründen sollen in Zukunft neben den Richtwerten für die Berücksichtigung des Verwaltungsaufwands bei der Festsetzung der nach dem Landesgebührengesetz zu erhebenden Verwaltungs- und Benutzungsgebühren (Richtwerte FM) die Tarifiergebnisse für den öffentlichen Dienst bei der Fortschreibung der GebVermGAVO berücksichtigt werden.

Zusammenfassend werden die Gebührensätze der Anlage zur Anpassung an die gestiegenen Personal- und Sachkosten um durchschnittlich rd. 13,3 v. H. angehoben.

- **Gebühren nach dem Zeitaufwand**

Grundsätzlich werden für Amtshandlungen, öffentlich-rechtliche Dienstleistungen einschließlich Geoserviceleistungen und die Benutzung ihrer Einrichtungen feste Gebühren- oder Rahmensätze (§ 4 LGebG) erhoben. In diesen sind die Reisekostenvergütung und der Auslagenersatz sowie der sonstige Aufwand für Dienstreisen aufgrund der Tatsache, dass die Richtwerte für die Berücksichtigung des Verwaltungsaufwands bereits pauschale Kraftfahrzeugkosten beinhalten, inbegriffen.

Die Verordnung enthält im Besonderen Gebührenverzeichnis unter lfd. Nr. 1 einen Gebührentatbestand „Abrechnung nach dem Zeitaufwand“. Auf der Grundlage der Regelungen der jeweiligen Verordnung können somit bei fehlendem Gebührentatbestand für Amtshandlungen und öffentlich-rechtliche Dienstleistungen einschließlich Geoserviceleistungen für die erbrachten Leistungen Gebühren nach dem Zeitaufwand erhoben werden. Der Gebührentatbestand „Abrechnung nach dem Zeitaufwand“ darf dabei nur für eine Übergangszeit bis zur Einführung eines fehlenden Gebührentatbestands angewandt werden. Sind Auslagen nach § 10 Abs. 1 Satz 3 Nr. 6 des Landesgebührengesetzes (z. B. Nutzung eines privaten PKW bei Erledigung eines Dienstgeschäfts) zu erstatten, ist die jeweils zu erhebende Gebühr gemäß der Anmerkung 4 zum Gebührentatbestand „Abrechnung nach dem Zeitaufwand“ entsprechend zu ermäßigen.

- **Neue Gebührenregelungen**

Mit lfd. Nr. 2.2 und lfd. Nr. 2.3 werden Gebührentatbestände für Geoserviceleistungen neu aufgenommen. Unter lfd. Nr. 2.2.1 und lfd. Nr. 2.3 werden Geoserviceleistungen abgerechnet, die über die zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/1024 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über offene Daten und die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors (ABl. EU Nr. L 172 S. 56) geregelten Verfahren zur kostenfreien Bereitstellung oder Übermittlung von Geobasisinformationen (Open Data) hinausgehen, wie z. B. die Offline-Bereitstellung oder die zusätzliche Übermittlung der eigentlich kostenfreien Geobasisinformationen in von den Standardformaten abweichenden Formaten.

- **Weitere Änderungen der Gebührenregelungen**

Einige Gebührentatbestände der Verordnung bedürfen aufgrund von Änderungen in den Amtshandlungen, öffentlich-rechtliche Dienstleistungen einschließlich Geoserviceleistungen und der Benutzung von Einrichtungen einer Anpassung. Einige Gebührenregelungen werden redaktionell präzisiert.

Eine Gesetzesfolgenabschätzung ist aufgrund der geringen Wirkungsbreite nicht angezeigt. Im Übrigen werden die Auswirkungen dieser Verordnung regelmäßig durch

die Kosten- und Leistungsrechnung evaluiert und in einer Fortschreibung berücksichtigt.

Aspekte des Gender-Mainstreaming-Gedankens und der Familien mit Kindern werden von dem Verordnungsentwurf nicht berührt.

Der Verordnungsentwurf hat keinerlei Auswirkungen auf den Gesichtspunkt des demografischen Wandels.

Der Verordnungsentwurf führt nicht zu einem höheren Verwaltungsaufwand in der mittelständischen Wirtschaft.

Die Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt (ABl. EU Nr. L 376 S. 36) fordert eine Prüfung gebührenrechtlicher Vorschriften im Hinblick auf ihre Vereinbarkeit mit europäischem Recht. Nach rheinland-pfälzischem Gebührenrecht ist bei der Gebührenbemessung neben dem Kostendeckungsprinzip auch das Äquivalenzprinzip anzuwenden, welches bei der Erhebung von Gebühren auch die Berücksichtigung eines wirtschaftlichen Vorteils für die Antragstellenden ermöglicht. Demgegenüber sieht Artikel 13 Abs. 2 Satz 2 der Richtlinie 2006/123/EG für die Erhebung von Kosten nur das Kostendeckungsprinzip vor (vgl. auch Erwägungsgrund 49 der Richtlinie 2006/123/EG).

Auf den überwiegenden Teil der in der Verordnung behandelten Gebührentatbestände ist die Richtlinie 2006/123/EG gemäß ihrem Artikel 2 Abs. 2 Buchst. i nicht anwendbar, da es sich um mit der Ausübung öffentlicher Gewalt verbundene Tätigkeiten im Sinne des Artikels 45 des EU-Vertrags handelt. Diejenigen Gebührentatbestände, die für Amtshandlungen, öffentlich-rechtliche Dienstleistungen einschließlich Geoserviceleistungen und die Benutzung von Einrichtungen erhoben werden, die der Richtlinie 2006/123/EG unterfallen (Ifd. Nr. 9, 18 bis 20 und 22 der Anlage zur Landesverordnung über die Gebühren der Vermessungs- und Katasterbehörden und der Gutachterausschüsse, sehen ausschließlich kostendeckende Gebühren vor, die frei von der Anwendung des Äquivalenzprinzips sind. Materieller Änderungsbedarf im

Hinblick auf die Richtlinie 2006/123/EG besteht daher nicht; es erfolgt lediglich eine Kennzeichnung dienstleistungsrelevanter Gebührentatbestände.

Aufgrund des § 129 der Gemeindeordnung und des § 72 der Landkreisordnung wurden die kommunalen Spitzenverbände sowie die Arbeitsgemeinschaft der Stadtvermessungsämter um Stellungnahme gebeten. Dem Kommunalen Rat wurde die Verordnung aufgrund § 1 Abs. 2 des Landesgesetzes über den Kommunalen Rat zur Kenntnis gegeben.

Der Kommunale Rat hat die Vorlage zur Kenntnis genommen.

Der Städtetag und die Arbeitsgemeinschaft der Stadtvermessungsämter haben dem Verordnungsentwurf zugestimmt.

Neben der Anhörung des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau wurden das Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz (LVerGeo) sowie die Berufsvertretung der ÖbVI in Rheinland-Pfalz um Stellungnahme zum Verordnungsentwurf gebeten.

Das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau hat dem Verordnungsentwurf zugestimmt.

Die Berufsvertretung der ÖbVI hat bis zum Ablauf der Frist keine Stellungnahme vorgelegt. Liegt keine Stellungnahme bis zum Ende der Anhörungsfrist vor, ist aufgrund des Anschreibens zur Anhörung nach den §§ 27 und 28 der Gemeinsamen Geschäftsordnung für die Landesregierung sowie für die Staatskanzlei und die Ministerien von deren Zustimmung auszugehen. Gleiches gilt für den Landkreistag.

B. Zu den einzelnen Bestimmungen

Die Landesverordnung über die Gebühren der Vermessungs- und Katasterbehörden und der Gutachterausschüsse (Besonderes Gebührenverzeichnis) –GebVermGAVO– vom 17. August 2022 wird fortgeschrieben.

Zur Landesverordnung

Zu § 1

In Verbindung mit dem Landesgebührengesetz bildet § 1 Abs. 1 dieser Verordnung die rechtliche Grundlage zur Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen, öffentlich-rechtliche Dienstleistungen einschließlich Geoserviceleistungen und die Benutzung ihrer Einrichtungen nach dem der Verordnung anliegenden Besonderen Gebührenverzeichnis (Anlage). Mit der Ergänzung um Satz 2 wird darauf verwiesen, dass für hochwertige Daten aus dem Bereich der Geobasisinformationen, die aufgrund gesetzlicher Bestimmungen (PSI-Richtlinie) kostenfrei bereitzustellen sind, keine Gebühren und Auslagen erhoben werden dürfen.

Mit der Aufhebung der Anlage 2 des Besonderen Gebührenverzeichnisses wird Absatz 3 gestrichen. Die Gebührenregelungen zu den Geoserviceleistungen und verbleibenden Gebührentatbestände der Anlage 2 werden in die Anlage 1 (zukünftig: Anlage) übernommen. Der Anwendungsbereich in Absatz 1 wird um die Geoserviceleistungen (bisher Absatz 3) ergänzt.

Ansonsten entspricht § 1 den bisherigen Regelungen.

Zu § 2

In Satz 2 wird geregelt, dass eine geringere Gebühr als die Mindestgebühr nach § 2 nur erhoben werden kann, wenn das Besondere Gebührenverzeichnis dies vorsieht. Die bisher in Satz 3 beschriebene Ausnahme wird in die Anmerkung 1 zu lfd. Nr. 31 aufgenommen.

Ansonsten entspricht § 2 abgesehen von der Anpassung bei der Mindestgebühr der bisherigen Regelung.

Zu § 3

Die Erstattung von Auslagen für Postdienstleistungen nach § 3 Abs. 2 Nr. 1 werden angepasst. Dabei werden Auslagen bis zur Höhe des Entgelts für einen Kompaktbrief der Deutschen Post AG, derzeit 1,00 EUR, nicht erhoben. Damit werden für einen Großteil der Postdienstleistungen weiterhin keine Auslagen erhoben. Demgegenüber wird sichergestellt, dass die Abgabe von Produkten der amtlichen Kartenwerke nach lfd. Nr. 31 der Anlage noch kostendeckend erfolgen kann. Mit dem Verweis auf den „Kompaktbrief der Deutschen Post AG“ bedarf die Regelung bei Anpassungen der Entgelte für Postdienstleistungen der Deutschen Post AG künftig keiner Anpassung; somit wird eine Verwaltungsvereinfachung erreicht.

Zu § 4

Die Regelungen in § 4 Absatz 1 entsprechen der bisherigen Regelung. Absatz 2 entspricht den bisherigen Regelungen nach Nr. 1.5 Sonderbestimmungen der bisherigen Anlage 2 der GebVermGAVO. Absatz 3 entspricht der bisherigen Regelung der Anmerkung 3 zu lfd. Nr. 5. Die Regelung wird dabei um die amtlichen Blätter Justizblatt Rheinland-Pfalz, Amtsblatt des Ministeriums für Bildung und die Amtsblätter der Landkreise und Verbandsgemeinden ergänzt. Die Verwendung als Anlage zu amtlichen Berichten und öffentlichen Bekanntmachungen in Zeitungen wurde konkretisiert.

Zu § 5

Analog zu § 1 Absatz 1 wird der Anwendungsbereich in Absatz 1 um die Geoserviceleistungen ergänzt.

Zu den §§ 6 bis 8

Die §§ 6 bis 8 entsprechen den bisherigen Regelungen.

Zur Anlage

Besonderes Gebührenverzeichnis für die Vermessungs- und Katasterbehörden und die Gutachterausschüsse

Allgemein

Die bisherige Anlage 2 wird aufgehoben. Die bisherige Anlage 1 erhält die Bezeichnung Anlage. Die Anlage wird aufgrund der zahlreichen Änderungen neu gefasst.

Die Gebührentatbestände der bisherigen Anlage 2, die nicht unter die HVD-Daten fallen, werden in der neu gefassten Anlage aufgenommen. Dabei handelt es sich insbesondere um die „Geotopografische Informationen“ aus dem Bereich der Luftbilder nach der neuen lfd. Nr. 30 und der Amtlichen topografischen Kartenwerke, Sonderkarten und historische Karten nach der neuen lfd. Nr. 31 sowie um die Geoserviceleistungen, die in lfd. Nr. 2 integriert werden.

Die Gebührensätze des Besonderen Gebührenverzeichnisses werden zur Anpassung an die gestiegenen Personal- und Sachkosten gemäß der o.g. Ausführungen grundsätzlich um rd. 13,3 v. H. angehoben.

Die Inhaltsübersicht wird an die Änderungen und Ergänzungen der Gebührentatbestände angepasst.

Zu lfd. Nr. 1

Die Regelungen entsprechen abgesehen von der Gebührenerhöhung den bisherigen Regelungen.

Zu lfd. Nr. 2

Nach der PSI-Richtlinie sind die hochwertigen Datensätze des öffentlichen Sektors und damit Geobasisinformationen kostenfrei und maschinenlesbar über Anwendungsprogrammierschnittstellen (API) und Massendownload-Verfahren

bereitzustellen (Open Data). Vielfach werden von den Beziehern der Geobasisinformationen die Daten jedoch z. B. in anderen Formaten, auf externen Datenträger oder nur für einen räumlich begrenzten Teil gewünscht. In diesen Fällen sind die Geobasisinformationen zwar kostenfrei, für die Serviceleistungen zur Übermittlung und Bereitstellung, die über die in den gesetzlichen Bestimmungen (PSI-Richtlinie (EU) 2019/1024 vom 20. Juni 2019) geregelten Verfahren hinausgehen, wird eine Gebühr nach lfd. Nr. 2.2.1 erhoben. Bei lfd. Nr. 2.2.2 und 2.2.3 handelt es sich um Geoserviceleistungen für eine zusätzliche Bereitstellung oder Übermittlung von Geobasisinformationen, die entweder kostenpflichtig oder aufgrund vertraglicher Vereinbarungen bereitgestellt oder übermittelt wurden. Für die Geoserviceleistungen sind Festbeträge vorgesehen, die auf Erfahrungswerten bei solchen Geoserviceleistungen der letzten Jahre basieren. Für Geoserviceleistungen, die über das übliche Maß einer Arbeitshalbstunde hinausgehen, sind nach lfd. Nr. 2.3 zuzügliche Gebühren nach dem erweiterten Zeitaufwand zu erheben. Die Anmerkung zu lfd. Nr. 2 dient der Klarstellung für die zu erhebende Gebühr für Leistungen, die über die zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/1024 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über offene Daten und die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors (ABl. EU Nr. L 172 S. 56) geregelten Verfahren zur kostenfreien Bereitstellung oder Übermittlung von Geobasisinformationen (Open Data) hinausgehen.

Der Gebührentatbestand nach lfd. Nr. 2.4 entspricht der Regelung nach Nr. 1.4 Aktualisierung der bisherigen Anlage 2. Die Geobasisinformationen werden zum Teil landesweit für Kunden bereitgestellt und dabei in festgelegten Zyklen innerhalb eines Jahres aktualisiert. Für die Aktualisierung wird eine jährliche Pauschale von 18 v. H. der für die erstmalige Bereitstellung der Geobasisinformationen geltenden Gebühr erhoben.

Beim Gebührentatbestand nach lfd. Nr. 2.5 „Fotokopien“ wird nicht mehr zwischen schwarz-weiß und farbig unterschieden, die Regelung wurde somit weiter vereinfacht.

Die Kosten für Besondere Druckerzeugnisse nach lfd. Nr. 2.5, die regelmäßig beim LVerGeo gefertigt werden, wurden neu kalkuliert. Die bisherige obere Gebühr wird dabei nicht erreicht, die Gebühr wird daher lediglich auf 150,00 EUR geglättet.

Angesichts der Vielfalt der möglichen Druckausgaben wird weiterhin eine Rahmengebühr festgelegt.

Ansonsten entsprechen die Regelungen abgesehen von der Gebührenerhöhung den bisherigen Regelungen.

Zu lfd. Nr. 3

Die Regelungen entsprechen abgesehen von der Änderung der Abrechnungseinheit von einer Arbeitsviertelstunde zu einer Arbeitshalbstunde in lfd. Nr. 3.2 der bisherigen Regelung. In weit über 90 v. H. der Fälle liegt der zeitliche Bedarf zur Einsichtnahme in die Geobasisinformationen des amtlichen Vermessungswesens bei weniger als einer Arbeitshalbstunde. In den anderen Fällen geht es für die Einsicht nehmende Person oder Stelle regelmäßig um komplexere Sachverhalte, die eine umfangreichere Einsichtnahme erfordern. Dem soll mit der Änderung Rechnung getragen werden. Darüber hinaus erfolgt mit der Änderung der Abrechnungseinheit eine Vereinheitlichung zu lfd. Nr. 1.

Zu lfd. Nr. 4

Bei den Auszügen nach lfd. Nr. 4.1 handelt es sich um Präsentationsausgaben, die weiterhin kostenpflichtig bleiben. Ansonsten entsprechen die Regelungen abgesehen von der Gebührenerhöhung den bisherigen Regelungen.

Zu lfd. Nr. 5

Bei den Auszügen nach lfd. Nr. 5.1 und 5.2 (bisher 5.4) handelt es sich um Präsentationsausgaben, die weiterhin kostenpflichtig bleiben. Ansonsten entsprechen die Regelungen abgesehen von der Gebührenerhöhung den bisherigen Regelungen. Die bisherigen Produkte der Gebührentatbestände nach lfd. Nr. 5.2 und 5.3 unterliegen den HVD-Daten und sind demnach kostenfrei bereitzustellen.

Zu lfd. Nr. 6

Der bisherige Gebührentatbestand nach lfd. Nr. 6.1.2 „Bestandsdatenauszug ohne Eigentümerangaben“ unterliegt den HVD-Daten und ist demnach kostenfrei bereitzustellen. Aufgrund des Datenschutzes sind die bisherigen Bestandsdatenauszüge mit Eigentümerdaten nach lfd. Nr. 6.1.1 und 6.1.3 von den

HVD-Daten ausgenommen. Als kostenpflichtiges Produkt sollen bei berechtigtem Interesse künftig nur Bestandsdatenauszüge aus dem Liegenschaftskataster mit Eigentümerangaben angeboten werden. In Anbetracht dessen, dass der Bestandsdatenauszug Daten enthält, die als HVD-Daten kostenfrei bereitstehen, wird die Gebühr im Vergleich zur bisherigen Gebühr nach unten angepasst.

Mit lfd. Nr. 6.2 wird ein neuer Gebührentatbestand für die Übermittlung von Bestandsdatenauszüge für Jagdgenossenschaften aufgenommen. Die Höhe der Gebühren entspricht den bisherigen Vereinbarungen.

Der Vertrag mit den kommunalen Spitzenverbänden (Gesamtvertrag Vermessungs- und Katasterverwaltung/Kommunen) sieht die kostenfreie Verwendung dieser Daten für Jagdgenossenschaften vor, wenn die Verwaltungsgeschäfte durch die jeweilige Gemeinde geführt werden. Für eine konfektionierte Bereitstellung und Übermittlung der Daten sind Gebühren nach lfd. Nr. 2.2.3 zu erheben.

Der Gebührentatbestand nach lfd. Nr. 6.3 entspricht der Regelung nach Nr. A3.1 der bisherigen Anlage 2. Die Höchstgebühr wurde entsprechend der neuen Regelung in der AdV-Gebührenrichtlinie 4.0 ebenfalls angepasst.

Der Gebührentatbestand der lfd. Nr. 6.4 „Auszug aus den Geobasisinformationen – Grundsteuerauszug“ entspricht der bisherigen lfd. Nr. 31.

Zu lfd. Nr. 7

Die Höhe der Gebühr je Punkt für Punktlisten nach lfd. Nr. 7.1.2 ist gegenüber der Gebührenregelung der AdV-Gebührenrichtlinie, welche „je angefangene 50 Punkte“ eine Gebühr von 20,00 EUR vorsieht, nicht gerechtfertigt. Die Abrechnungseinheit „je Punkt“ soll jedoch beibehalten werden, die Gebühr wird auf 1,50 EUR je Punkt reduziert. Folglich ist die Höhe der Gebühr für Koordinatenlisten nach lfd. Nr. 7.2.2 entsprechend anzupassen. Der bisherige Gebührentatbestand nach lfd. Nr. 7.2.3 unterliegt den HVD-Daten und ist demnach kostenfrei bereitzustellen. Ansonsten entsprechen die Regelungen nach lfd. Nr. 7.1 bis 7.4 abgesehen von der Gebührenerhöhung den bisherigen Regelungen. Die Gebührentatbestände wurden zur Klarstellung redaktionell überarbeitet.

Die Prozesse zum Zusammenstellen von Maßangaben aus Vermessungsrissen haben sich geändert. Mittlerweile werden überwiegend nur noch Vermessungsrisse abgegeben und dabei sind regelmäßig alle zur Verfügung stehenden Vermessungsrisse des betreffenden Grundstücks zusammenzustellen. Der Zeitaufwand variiert dabei je nach vorliegenden Unterlagen. Der Aufwand ist damit erheblich größer geworden. Daher werden neben einem Grundbetrag künftig Gebühren nach dem Zeitaufwand nach lfd. Nr. 1 erhoben.

Die Gebührenregelungen zu SAPOS® nach lfd. Nr. 7.6 wurden überarbeitet und vereinfacht. Die Anpassungen der Gebührenregelungen und die Höhe der Gebühren orientieren sich dabei an der mit den anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland abgestimmten AdV-Gebührenrichtlinie 4.0. Dabei werden für die Nutzung der SAPOS®-Dienste HEPS und GPPS künftig jährliche Pauschalen erhoben. Die Gebührenregelungen werden somit stark vereinfacht. Zusammen mit der Einführung einer Einrichtungsgebühr wird eine Verwaltungsvereinfachung für diese beiden Dienste erreicht. Die pauschale Gebühr für SAPOS®-EPS nach lfd. Nr. 7.7.1 wurde mit Blick auf den Nutzen im Vergleich zu SAPOS®-HEPS angepasst.

Es besteht ein besonderes Interesse an der Verwendung der amtlichen Daten des Satellitenpositionierungsdienstes der deutschen Landesvermessung (SAPOS®). Korrekturdaten zu Satellitenpositionierungsdiensten werden außerdem auch von privaten Anbietern bereitgestellt. Da die Nutzung der Daten durch Vermessungsstellen jeglicher Art sowie in Bereichen wie z. B. der Landwirtschaft sich vielfach über die Kosten bestimmt, dürften diese Anpassungen bei den Nutzern zu einer hohen Akzeptanz führen. Vor diesem Hintergrund ist eine Erhöhung der Gebühren für SAPOS®-R-HEPS nach lfd. Nr. 7.7.2 für den landwirtschaftlichen Bereich nicht angezeigt.

Der bisherige Gebührentatbestand nach lfd. Nr. 7.8 „AdV-Quasigeoids für den Geoidteil Rheinland-Pfalz“ entfällt. Das Quasigeoid der Bundesrepublik Deutschland (Quasigeoid) wird vom Bundesamt für Kartographie und Geodäsie zentral bereitgestellt. Dabei kann das Quasigeoid entweder vollständig für die Bundesrepublik Deutschland oder in Blöcken (mehrere Länder) bereitgestellt werden.

Die Anmerkungen zu lfd. Nr. 7 wurden entsprechend der Änderungen redaktionell angepasst.

Ansonsten entsprechen die Regelungen abgesehen von der Gebührenerhöhung den bisherigen Regelungen.

Zu lfd. Nr. 8

Die Regelungen entsprechen abgesehen von der Gebührenerhöhung den bisherigen Regelungen.

Zu lfd. Nr. 9

Die Bezeichnung des Gebührentatbestandes wurde zur Klarstellung redaktionell angepasst. Der Gebührentatbestand gilt nur für Fachverfahren der VermKV; der Geoshop ist hiervon ausgenommen. Der Gebührentatbestand nach lfd. Nr. 9.3 kam bisher nicht zum Tragen und wird daher gestrichen. Die bisher in lfd. Nr. 9.1.3 definierte Mindestgebühr je angefangenem Monat ist dem automatisierten Abruf von Geobasisinformationen nach lfd. Nr. 9.2.2 zuzuordnen. Die Mindestgebühr wurde zur Vereinfachung und Klarstellung als Gebührentatbestand nach lfd. Nr. 9.2.3 aufgenommen und die Anmerkungen zu lfd. Nr. 9 entsprechend angepasst. Die Mindestgebühr ist auch dann zu erheben, wenn in einem Monat keine Geobasisinformationen nach lfd. Nr. 9.2.2 abgerufen werden. Die bisherige Anmerkung 2 zu lfd. Nr. 9 kann damit entfallen.

Gemäß § 15 Abs. 2 Nr. 4 LGVermDVO werden den Ortsgemeinden zur Durchführung von Selbstverwaltungsaufgaben sowie zur Erfüllung der sonstigen ihnen durch Rechtsvorschrift übertragenen boden- und grundstücksbezogenen Aufgaben für die Liegenschaften des jeweiligen Gemeindegebiets Eigentumsangaben übermittelt. Unter Berücksichtigung des Kommunalvertrages enthält Anmerkung 3 zur lfd. Nr. 9 hierzu ergänzende Regelung zu den Gebühren für die Einrichtung eines automatisierten Abrufverfahrens sowie zur Übermittlung von Daten.

Zu lfd. Nr. 10

Anmerkung 3 wurde an die Änderungen in lfd. Nr. 11 angepasst. Anmerkung 10 wurde dahingehend ergänzt, dass es sich auch um eine künftige Qualität des vermessenen Flurstücks handeln kann.

Ansonsten entsprechen die Regelungen abgesehen von der Gebührenerhöhung den bisherigen Regelungen.

Zu lfd. Nr. 11

Die zumeist redaktionellen Anpassungen in lfd. Nr. 11.1 und den Anmerkungen 3, 4 und 6 zu lfd. Nr. 11 GebVermGAVO dienen der Klarstellung der bereits mit der Fortschreibung der GebVermGAVO vom 17. August 2022 umgesetzten Änderungen.

Die Systematik zur Berechnung der Gebühren für Gebäudeeinmessung hat sich dabei nicht geändert. Die Gebührenbemessung erfolgt weiterhin auf der Grundlage des umbauten Raumes der eingemessenen Gebäude. Dabei wird statt der Herstellungskosten ein Normierungsfaktor bestimmt, auf dessen Grundlage die Höhe der Gebühren für die eingemessenen Gebäude abgeleitet wird. Die Änderungen dienen, wie bereits die Fortschreibung der GebVermGAVO im Jahr 2022, ausschließlich einer landesweit einheitlichen Bemessung der Gebühren für Gebäudeeinmessungen.

Die bisherige Anmerkung 7 zu lfd. Nr. 11 entfällt. Die Reduzierung der Gebühren für die Einmessung von Nebengebäuden innerhalb von zwei Jahren nach einer Einmessung eines Hauptgebäudes lässt sich mit Blick auf den zu erbringenden Aufwand der Leistungen und den dafür zu erhebenden Gebühren nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht mehr vertreten.

Zu lfd. Nr. 12 und 13

Die Gebührenregelungen entsprechen abgesehen von der Gebührenerhöhung den bisherigen Regelungen.

Zu lfd. Nr. 14 und 15

Aufgrund einer Auswertung der Kosten- und Leistungsrechnung der Vermessungs- und Katasterverwaltung fehlt es im Bereich der Vorbereitung und Durchführung der

Umlegung nach dem Baugesetzbuch an einer ausreichenden Kostendeckung. Die zu erhebenden Gebühren nach lfd. Nr. 14 werden aufgrund der Auswertung über das vorgesehene Maß angehoben.

Ansonsten entsprechen die Regelungen abgesehen von der Gebührenerhöhung den bisherigen Regelungen.

Zu lfd. Nr. 16

Die Gebührenregelungen entsprechen abgesehen von der Gebührenerhöhung den bisherigen Regelungen.

Zu lfd. Nr. 17

Aufgrund einer Auswertung der Kosten- und Leistungsrechnung der Vermessungs- und Katasterverwaltung fehlt es im Bereich der Übernahme von Gebäudeeinmessungen an einer ausreichenden Kostendeckung. Der v. H.-Satz der zu erhebenden Gebühr nach lfd. Nr. 17.2 wird aufgrund der Auswertung auf 15 v. H. angehoben. Die Mindestgebühr je Antrag bei lfd. Nr. 17.4 „Flurstücksverschmelzungen“ ist an die Mindestgebühr nach § 2 GebVermGAVO anzupassen.

Ansonsten entsprechen die Regelungen abgesehen von der Gebührenerhöhung den bisherigen Regelungen.

Zu lfd. Nr. 18

Die Gebührenregelungen entsprechen abgesehen von der Gebührenerhöhung den bisherigen Regelungen.

Zu lfd. Nr. 19

Der Aufwand für die Zertifizierung von Programmen zur automatisierten Bearbeitung von amtlichen Vermessungen und im Bereich des Bodenmanagements nach lfd. Nr. 19 ist mit einem erheblichen Aufwand verbunden. Die untere Rahmengebühr wird daher entsprechend den zu erbringenden Mindestanforderungen zur Zertifizierung von Programmen über das vorgesehene Maß angehoben.

Zu lfd. Nr. 20 bis 28

Bei lfd. Nr. 26 wird die untere Rahmengebühr an die Mindestgebühr nach § 2 angepasst.

Ansonsten entsprechen die Regelungen abgesehen von der Gebührenerhöhung den bisherigen Regelungen.

Zu lfd. Nr. 29

Bei der Einsichtnahme in die Grundstücksmarktinformationen verhält es sich wie bei der Einsichtnahme in die Geobasisinformationen nach lfd. Nr. 3. Die Gebührenregelung zu lfd. Nr. 29.3.1 wird dementsprechend angepasst.

Ansonsten entsprechen die Regelungen abgesehen von der Gebührenerhöhung den bisherigen Regelungen.

Zu lfd. Nr. 30

Der Gebührentatbestand nach lfd. Nr. 30 „Geotopografische Informationen -- Aktuelle und historische Luftbilder“ basiert auf den bisherigen Gebührenregelungen nach B2.6 „Luftbilder“ der Anlage 2 des Besonderen Gebührenverzeichnisses. Die Gebührenregelungen wurden dahingehend vereinfacht, dass die gleiche Gebühr erhoben wird, unabhängig davon ob die Luftbilder bereits digital vorliegen oder ob analoge zunächst gescannt werden müssen. Bei historischen Luftbildern kommt der gleiche Gebührenansatz wie bei den aktuellen Luftbildern zum Tragen.

Ebenso wird auf den bisherigen Mengenrabatt verzichtet; dem gegenüber wird als Gebühr für ein einzelnes Luftbild eine mittlere Gebühr aus der bisherigen Mengenrabattierung festgelegt.

Die gebührenfreie Veröffentlichung in Printmedien wird in Anmerkung 2 zu lfd. Nr. 30 mit Blick auf die Veröffentlichung in Schulatlanten bis zu einer Größe von DIN A3 ausgeweitet.

Ansonsten entsprechen die Regelungen den bisherigen Regelungen.

Zu lfd. Nr. 31

Der Gebührentatbestand nach lfd. Nr. 31 „Geotopografische Informationen – Amtliche topografische Kartenwerke, Sonderkarten und historische Karten“ basiert auf den bisherigen Gebührenregelungen nach Anlage 2.C1 und 2.C2 „Amtliche Topografische Kartenwerke und Sonderkarten (ATKIS-Präsentationsausgaben)“ des Besonderen Gebührenverzeichnisses. Bei dem neuen Gebührentatbestand nach lfd. Nr. 31.12 handelt es sich um historische Karten wie z. B. die Kartenaufnahme der Rheinlande durch Tranchot und von Müffling (1803 – 1820). Bei diesen historischen Karten handelt es sich um Open-Data-Produkte, die kostenlos zum Download bereitstehen. Beim Gebührentatbestand handelt es sich um reine Druckkosten einschließlich der ermäßigten Umsatzsteuer nach UStG. In Anmerkung 1 wird definiert, dass die Mindestgebühr § 2 der GebVermGAVO für Produkte nach lfd. Nr. 31 nicht zu erheben ist. Die Regelung unter Anmerkung 4 entspricht der Regelung unter C3.1 der bisherigen Anlage 2.

Zu den Gebührenstaffeln

Die Gebührenstaffel II „Gebäudeeinmessungen“ wird redaktionell an die Regelungen der lfd. Nr. 11 „Gebäudeeinmessungen“ angepasst.

Die Gebühr für Gebäudeeinmessungen mit einem Normierungsfaktor von mehr als 2 000 nach Gebührenstaffel II wird nach Übernahme der neuen Gebührensätze mit einer pauschalen Gebühr gedeckelt.

Die Gebühr für die Einmessung von Grundrissveränderungen durch teilweisen Abbruch nach der Anmerkung zu Gebührenstaffel II wurde seit 2008 beibehalten. Aufgrund der fehlenden Kostendeckung wird die Gebühr über das vorgesehene Maß hinaus angehoben.

Ansonsten entsprechen die Regelungen der Gebührenstaffeln I bis III abgesehen von der Gebührenerhöhung den bisherigen Regelungen.

Zur bisherigen Anlage 2

Besonderes Gebührenverzeichnis für die Bereitstellung und Übermittlung von Geobasisinformationen sowie für Geoserviceleistungen

Bei der Anlage 2 handelt es sich um Gebührenregelungen für die großflächige Übermittlung von Geobasisinformationen insbesondere aus dem geotopografischen Bereich einschließlich etwaiger Serviceleistungen, die weitestgehend bundesweit abgestimmt sind.

Aufgrund der „Richtlinie (EU) 2019/1024 des europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über offene Daten und die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors“ (PSI-Richtlinie) sind zukünftig hochwertige Datensätze des öffentlichen Sektors (High Value Datasets = HVD) und damit Geodaten kostenfrei und maschinenlesbar über Anwendungsprogrammierschnittstellen (API) und Massendownload-Verfahren bereitzustellen (Open Data).

Der überwiegende Teil der Gebührenregelungen der Anlage 2 fällt unter die HVD-Daten und ist somit entbehrlich.

Die Anlage 2 wird gestrichen. Die verbleibenden Gebührentatbestände und Regelungen, die nicht unter die HVD-Daten fallen, werden in die Anlage (bisher Anlage 1) aufgenommen.

Artikel 2

Artikel 2 regelt die Übergangsbestimmungen für diese Verordnung.

Artikel 3

Nach § 23 Abs. 1 Satz 1 der Landesverordnung über die Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurinnen und Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure erhalten die ÖbVI für die Wahrnehmung ihres öffentlichen Amtes öffentlich-rechtliche Vergütungen und Auslagen. Diese bemessen sich nach der Landesverordnung über die Gebühren der Vermessungs- und Katasterbehörden und der Gutachterausschüsse (Besonderes Gebührenverzeichnis) - GebVermGAVO. Der Verweis auf die aktuell geltende GebVermGAVO wird angepasst.

Artikel 4

Artikel 4 bestimmt das Inkrafttreten der Verordnung.